

**FiBL**

Forschungsinstitut für biologischen Landbau
Institut de recherche de l'agriculture biologique
Research Institute of Organic Agriculture
Istituto di ricerche dell'agricoltura biologica
Instituto de investigaciones para la agricultura orgánica

Nachhaltigkeitsbewertung des Ernährungssystems Basel



Jan Landert und Christian Schader

April 2016

EXCELLENCE FOR SUSTAINABILITY

Das FiBL hat Standorte in der Schweiz, Deutschland und Österreich
FiBL offices located in Switzerland, Germany and Austria
FiBL est basé en Suisse, Allemagne et Autriche

FiBL Schweiz / Suisse
Ackerstrasse 113, Postf. 219
5070 Frick, Schweiz
Tel. +41 (0)62 865 72 72
info.suisse@fibl.org, www.fibl.org

Inhalt

1	Einleitung	3
1.1	Projekt „Ernährungssystem Basel“	3
1.2	Nachhaltigkeitsbewertung des Ernährungssystems Basel	3
2	Vorgehen	4
2.1	Systemgrenzen: Politik und Verwaltung des Kantons Basel-Stadt	4
2.2	Bewertungsgrundlage: Die SAFA-Leitlinien und Berechnungsmodell	4
2.3	Entwicklung der Indikatoren	5
2.4	Datenerhebung	7
3	Bewertungsergebnisse	8
3.1	Dimension Gute Regierungsführung	8
3.2	Dimension Ökologische Integrität	9
3.3	Dimension Ökonomische Resilienz	11
3.4	Dimension Soziales Wohlergehen	12
4	Schlussfolgerungen und Empfehlungen	14
5	Literaturliste	16
6	Danksagung	17
Anhang A	Adaptierte SAFA-Subthemenziele	18
Anhang B	SAFA-Nachhaltigkeitspolygone	33
Anhang C	Indikatoren Verpflegungseinrichtungen	35
Anhang D	Indikatoren Verwaltung/Politik	36
Anhang E	Indikatorenliste mit Beschreibung und Bewertungsbegründungen	37

Projektteam „Ernährungssystem Basel“:

Heidrun Moschitz, Jan Landert, Christian Schader, Judith Hecht

Das Projekt „Ernährungssystem Basel“ (Nr. C13.0126) wurde vom Staatssekretariat für Bildung, Forschung und Innovation SBFI (COST) im Rahmen der COST Aktion TD1106 „Urban Agriculture Europe“ finanziell unterstützt. Der volle Projekttitle lautet: „The Role of Urban Agriculture for a Sustainable Urban Food System“. Die Laufzeit war von März 2014 - April 2016.

Titelbilder (von links bis rechts):

Spittelmatthof (Riechen), Marktstände vor dem Rathaus in Basel, Sicht vom Münsterturm mit Wettsteinbrücke im Vordergrund (© Staatskanzlei Basel-Stadt)

1 Einleitung

1.1 Projekt „Ernährungssystem Basel“

Das Ziel des Projekts „Ernährungssystem Basel“ war, das städtische Ernährungssystem mit all seinen Akteuren im Detail zu analysieren, und eine Bewertung der Nachhaltigkeit des Systems vorzunehmen. Eine Übersicht über alle Ergebnisse findet sich auf der Website des FiBL: <http://www.fibl.org/de/themen/ernaehrungssysteme-gruenflaechen/gruenflaechen-veroeffentlichungen.html>. Der vorliegende Bericht stellt die Ergebnisse des Teilprojekts „Nachhaltigkeitsbewertung des Ernährungssystems Basel“ vor.

1.2 Nachhaltigkeitsbewertung des Ernährungssystems Basel

Weltweit lebt über die Hälfte der Bevölkerung in städtischen Gebieten. In der Schweiz sind es rund drei Viertel der Bevölkerung. Urbane Ernährungssysteme gewinnen entsprechend an Bedeutung. Denn deren Ausgestaltung beeinflusst nicht nur die Gesundheit eines grossen Anteils an der Gesamtbevölkerung. Der städtische Konsum wirkt sich weit über die Stadtgrenzen hinaus auf ländliche Gebiete rund um den Globus aus: Wie in Städten konsumiert wird, hat einen Einfluss auf die Lebensbedingungen in ländlichen Regionen und auf deren ökologischen Zustand.

Aus diesen Gründen gewinnt das Thema Ernährung im urbanen Kontext an Bedeutung. Städte haben begonnen, sich mehr mit diesem Thema zu beschäftigen indem sie beispielsweise lokale Initiativen fördern und eine Reduktion des ökologischen und sozialen Fussabdrucks des städtischen Ernährungssystems anstreben. Mit der Unterzeichnung des Milan Urban Food Policy Pacts (Milano, 2015) durch über 100 Städte weltweit im Jahr 2015 wurde Ernährung vielerorts definitiv in die urbane Planungsagenda aufgenommen. Auch der Kanton Basel Stadt (Kanton BS) hat das Dokument, welches auf nachhaltige urbane Ernährungssysteme abzielt, unterzeichnet.

Doch wie weit ist der Kanton BS schon auf dem Weg zu einer nachhaltigeren Gestaltung des urbanen Ernährungssystems? In diesem Teilbericht stellen wir die Resultate einer Nachhaltigkeitsbewertung der Verwaltungsaktivitäten im städtischen Ernährungssystem vor. Dabei wird kurz auf das Vorgehen bei der Bewertung (Kapitel 2) und im Anschluss auf die Stärken und Schwächen im heutigen Ernährungssystem eingegangen (Kapitel 3). Schliesslich werden die Erkenntnisse zusammengefasst und erste Handlungsempfehlungen formuliert (Kapitel 4).

2 Vorgehen

Wie lässt sich ein urbanes Ernährungssystem bewerten? Im Vergleich zu anderen Bewertungssystemen wurden in diesem Projekt weniger quantitative Faktoren (wie z.B. CO₂-Ausstoss) bewertet sondern Massnahmen, Aktivitäten und Kooperationen im Bereich nachhaltiger Ernährung. Im Folgenden wird näher auf die Entwicklung des Bewertungsrasters und die Datenerhebung eingegangen.

2.1 Systemgrenzen: Politik und Verwaltung des Kantons Basel-Stadt

Was umfasst ein urbanes Ernährungssystem? Bereits in der Einleitung im Teilbericht *Das Ernährungssystem Basel – Relevante Politiken, Institutionen und Akteure* wird auf diese Frage eingegangen: Im vorliegenden Projekt definieren alle Prozesse (und die dazugehörigen Akteure), welche Lebensmittel in der Stadt durchlaufen das urbane Ernährungssystem. Für die Nachhaltigkeitsbewertung wurde diese Definition leicht erweitert: Prozesse, welche nicht direkt mit dem Lebensmittelfluss im urbanen Ernährungssystem in Zusammenhang stehen, sich jedoch auf die Lebensmittelproduktion bzw. –verfügbarkeit in anderen Ernährungssystemen auswirken können, wurden ebenfalls berücksichtigt. Ein Beispiel dafür sind finanzielle Investitionen in Agrarsysteme ausserhalb der Stadtregion.

Um die Komplexität der Nachhaltigkeitsbewertung zu reduzieren und deren Verständlichkeit zu fördern, konzentriert sich die Untersuchung auf die Politik und Verwaltung des Kantons BS. Dies bedeutet jedoch nicht, dass nur ein singulärer Aspekt des Systems untersucht wird. Durch verschiedene Prozesse wie Regulierung, finanzielle Förderung, Beratung, Bildung u.v.m. tritt Politik und Verwaltung des Kantons BS in Verbindung mit einer Vielzahl von Akteuren im Ernährungssystem.

2.2 Bewertungsgrundlage: Die SAFA-Leitlinien und Berechnungsmodell

Als Grundlage für die Nachhaltigkeitsbewertung des urbanen Ernährungssystems Basel wurden die von der UN-Welternährungsorganisation entwickelten SAFA-Leitlinien verwendet (FAO 2013). SAFA, *Sustainability Assessment of Food and Agriculture Systems*, dient der Nachhaltigkeitsbewertung von landwirtschaftlichen Betrieben und Unternehmen im Lebensmittelsektor. Obwohl die SAFA-Leitlinien nicht direkt für urbane Ernährungssysteme entwickelt wurden, eignen sich diese für deren Bewertung:

- Das Nachhaltigkeitskonzept ist auf die Ernährung ausgerichtet
- SAFA definiert den Begriff Nachhaltigkeit sehr breit und zielt auf eine globale Anwendbarkeit ab

Die SAFA-Leitlinien sind in vier Dimensionen unterteilt: Gute Unternehmensführung, Ökologische Integrität, Ökonomische Resilienz und Soziales Wohlergehen. Erstere Dimension wurde im Sinne des englischen Begriffs „Good governance“ im Kontext des urbanen Ernährungssystems in diesem Bericht als „Gute Regierungsführung“ übersetzt. Diese Dimensionen sind wiederum in insgesamt 21 Themen und 58 Subthemen unterteilt (vgl. Abbildung 1). Auf letztere stützt sich das

Bewertungsrater in diesem Projekt: Jedes SAFA-Subthema verfügt über ein Nachhaltigkeitsziel. Dieses wurde pro Subthema an den Kontext eines urbanen Ernährungssystems angepasst (siehe Anhang A). Bei dieser Anpassung wurden 7 Unterthemen als im Kontext des urbanen Ernährungssystems irrelevant klassifiziert und dementsprechend nicht bewertet (in Abbildung 1 orange hinterlegt). Das neu definierte Subthema „Zivilgesellschaftliche Initiativen“ ergänzt zusätzlich die SAFA-Subthemen (in Abbildung 1 grün hinterlegt). Es hat die Förderung zivilgesellschaftliche Initiativen im Bereich urbaner Ernährung als Ziel (z.B. Urban Gardening).

Die im Rahmen dieses Projekts entwickelten Indikatoren messen die Erreichung der Nachhaltigkeitsziele der Subthemen. Dabei werden im ersten Schritt die Indikatoren auf einer Skala von 0% bis 100% bewertet. Die Zielerreichung der Subthemen errechnet sich in einem zweiten Schritt aus dem gewichteten Mittelwert der dem Subthema zugeordneten Indikatorenbewertungen.

2.3 Entwicklung der Indikatoren

Eine Literaturrecherche diente als Grundlage für die Entwicklung eines ersten Satzes von Indikatoren. Dabei wurde analysiert, in welcher Form und in welchem Mass die Verwaltung und Politik einer Stadt Einfluss auf die für jedes SAFA-Subthema relevanten Prozesse im Ernährungssystem nehmen kann. Ziel der Recherche war die Entwicklung von Leitindikatoren für jedes SAFA-Subthema, eine vollständige Abdeckung aller relevanten Faktoren war aufgrund der Komplexität des Themas nicht möglich.

In einem zweiten Schritt wurde der Indikatorensatz mit der Projektbegleitgruppe diskutiert. Diese setzte sich aus Vertretern von Verwaltung, Landwirtschaft, Detailhandel und Urban Agriculture Basel zusammen. Die Begleitgruppenmitglieder gewichteten die Indikatoren nach Relevanz für die Zielerreichung des jeweils zugeordneten SAFA-Subthemas.

Aufgrund der vorgenommenen Relevanzgewichtung und inhaltlichen Anregungen aus der Begleitgruppe wurde die Indikatoren überarbeitet. Experten vom FiBL überarbeiteten in der Folge Indikatorenskalen und fügten weitere Verknüpfungen zwischen Indikatoren und Subthemen im Bewertungsmodell ein.

Aus dem Prozess resultierten 97 Indikatoren welche mit 51 SAFA-Subthemen (ursprünglich 58) über 226 Wirkungsfaktoren verknüpft sind. Das heisst, durchschnittlich wurden pro Indikator Auswirkungen auf 4 der 51 SAFA-Subthemen bestimmt. Die Indikatoren werden in die Kategorien „Politik / Verwaltung“ und „Öffentliche Verpflegungseinrichtungen“ unterteilt. Während erstere auf Verwaltungs- und Politikprozesse fokussieren, analysieren letztere Prozesse in öffentlichen Verpflegungseinrichtungen.

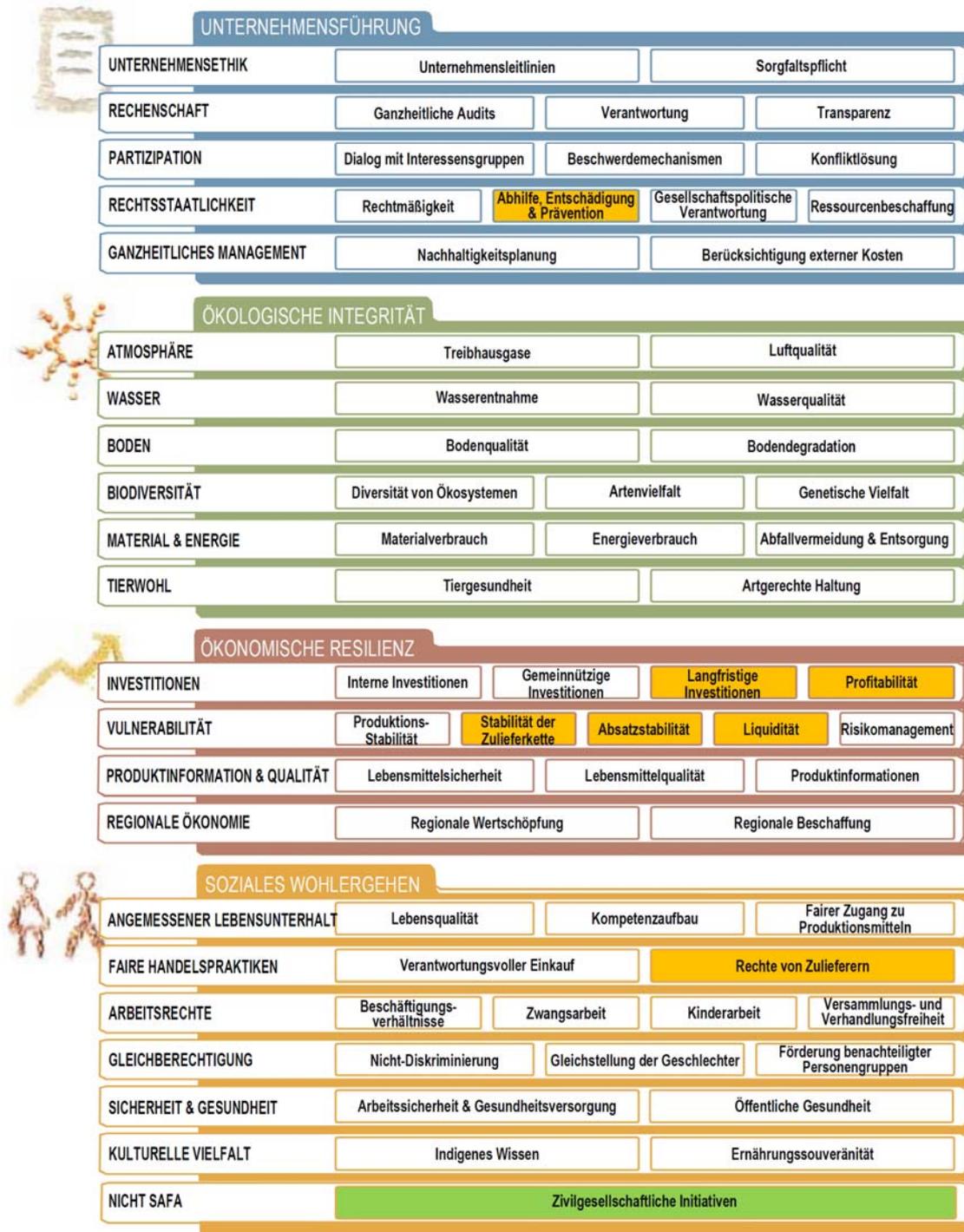


Abbildung 1: Übersichtsdarstellung der SAFA-Leitlinien mit Dimension, Themen und Subthemen. Orange hinterlegt: Von der Bewertung ausgeschlossene Subthemen. Grün hinterlegt: Zusätzliches Subthema „Zivilgesellschaftliche Initiativen“ (nicht SAFA). Quelle: FAO (2013), übersetzt, angepasst.

2.4 Datenerhebung

Um die Indikatoren zu bewerten, wurden von folgenden Akteuren Daten erhoben:

- 14 Verwaltungsstellen des Kantons BS: Kantonalen Fachstelle für öffentliche Beschaffungen, Fachstelle Grundlagen & Strategie, Ombudsstelle, Pensionskasse, Koordinationsstelle Umweltschutz, Landwirtschaftliches Zentrum Ebenrain, Stadtgärtnerei, Präventiv- und Sozialmedizin (Gesundheitsdienste), Fachstelle Messen & Märkte, Geschäftsstelle Kantonale Krisenorganisation, Kantonales Laboratorium, Arbeitsinspektorat, Fachstelle Tagesstrukturen und Zentrale Dienste Erziehungsdepartement.
- 9 öffentliche Verpflegungseinrichtungen, welche direkt oder indirekt über eine öffentliche Gesellschaft im Auftrag vom Kanton BS betrieben werden.
- 3 regionale Produzenten, welche am Stadtmarkt in Basel verkaufen.
- 2 gemeinnützige Organisationen im Bereich der Verpflegung für mittellose Personen.
- 1 zivilgesellschaftliche Organisation im Bereich Urban Gardening.

Die Befragungen wurden bei den öffentlichen Verpflegungseinrichtungen mündlich durchgeführt. Bei allen anderen Akteuren schriftlich.

3 Bewertungsergebnisse

Im Folgenden werden die Erkenntnisse aus der Nachhaltigkeitsbewertung des urbanen Ernährungssystems des Kantons BS vorgestellt. Die identifizierten Stärken bzw. Schwächen des Ernährungssystems sind dabei nach den vier SAFA-Dimensionen unterteilt. Für das nachschlagen von einzelner Aspekte ist im Anhang E die vollständige Indikatorenliste mit Erläuterungen und Bewertungen ersichtlich.

3.1 Dimension Gute Regierungsführung

Gute Regierungsführung bedeutet, dass Aktivitäten des Kantons BS vorausschauend geplant, transparent gemacht, koordiniert und deren Erfolg gemessen wird. Nicht-staatliche Akteure des Ernährungssystems sollen wo möglich miteinbezogen werden. Externe Auswirkungen des Ernährungssystems im Bereich Ökologie oder Gesellschaft sollen vermieden werden bzw. wo politisch möglich, Veränderungen im Sinne einer nachhaltigen Ernährung bewirkt werden. Diese Dimension umfasst also Prozeduren und Verfahren, damit die Ziele in der ökologischen, sozialen und ökonomischen Dimension erreicht werden können.

Auf strategisch und planerisch übergeordneter Ebene wird nachhaltige Ernährung im Kanton BS nicht prominent abgehandelt. Ernährung wird beispielsweise nur indirekt in der Verfassung erwähnt. Es existiert auch keine eigentliche Ernährungsstrategie und ein Bekenntnis zur nachhaltigen Ernährung in der städtischen Nachhaltigkeitsstrategie fehlt. Der Nachhaltigkeitsbericht behandelt das Thema Ernährung nur am Rande im Zusammenhang mit Bodenversiegelung und Gesundheit (vgl. Teilbericht *Das Ernährungssystem Basel – Relevante Politiken, Institutionen und Akteure*).

Die Transparenz der öffentlichen Verpflegungseinrichtungen ist nicht ausgeprägt. So veröffentlichen die untersuchten Verpflegungseinrichtungen weder eine Lieferantenliste noch eine Liste mit der Herkunft von Rohwaren. Ein ähnliches Bild zeichnet auch der Teilbericht *Lebensmittelflüsse in Basel* betreffend mangelnder Transparenz über die Herkunft regionaler Lebensmittel im Detailhandel.

Auf der Verwaltungsseite kann bezüglich Transparenz festgestellt werden, dass die Verträge mit den Dienstleistern, welche die öffentlichen Verpflegungseinrichtungen betreiben, nicht veröffentlicht werden.

Der Einbezug nicht-staatlicher Akteure bei ernährungsrelevanten Fragen erfolgt nicht systematisch. Im Falle von konkreten Projekten erfolgt eine Beteiligung der Akteure. Die Mitwirkung in einem institutionalisierten Gremium, welches Aspekte im Ernährungssystem strategisch diskutiert, die Planung vornimmt und Informationen für alle involvierte Akteure zur Verfügung stellt, wurde bis anhin nicht explizit gefördert.

Im einigen Fällen werden externe Auswirkungen nicht, nicht im Besonderen oder nur teilweise berücksichtigt. Beispielsweise wird zwar in den Anlagerichtlinien der kantonalen Pensionskasse generell als Ziel für die Vermögensbewirtschaftung formuliert, dass „soziale und ökologische Aspekte angemessen berücksichtigt werden“. Konkrete Richtlinien zur Vermeidung von Land-

und Wasserkonflikten (z.B. *Land Grabbing*) fehlen jedoch.

Seit Beginn 2016 begleitet die Kantonale Fachstelle für öffentliche Beschaffung (im Folgenden *Zentrale Beschaffungsstelle*) Ausschreibungen in allen Departementen des Kantons BS. Im Fall des urbanen Ernährungssystems sind vor allem die Catering-Aufträge für öffentlichen Verpflegungseinrichtungen relevant. Die Zentrale Beschaffungsstelle begründet somit die Basis, dass das kantonale Beschaffungsgesetz korrekt und einheitlich angewendet wird. Letzteres definiert als Anforderung an die Auftragsnehmer, dass diese geltende Gesamtarbeitsverträge einhalten und Gleichbehandlung zwischen Mann und Frau gewährleisten. Die dazugehörige Verordnung enthält „Umweltverträglichkeit“ und „Ausbildung von Lernenden“ als Zuschlagskriterien. Ein grundsätzliches Bekenntnis zur nachhaltigen Beschaffung, wie z.B. in den Beschaffungsrichtlinien der Gemeinde Riehen oder wie in der Bundesverordnung über das öffentliche Beschaffungswesen fehlt. Entsprechend fehlen konkretere Regelungen bzw. eine Richtlinie zur nachhaltigen Beschaffungen im Lebensmittelbereich. Auf EU-Ebene werden solche Richtlinien im Moment revidiert (Empfehlungscharakter für die Mitgliedstaaten). Ein erster Vorschlag enthält sowohl Kriterien zu Fair Trade und wie auch zu biologisch angebauten Produkten (Neto, Quintero, Wolf, Sjögren, & Le, 2016).

Der Kanton BS wirkt mit politische Stellungnahmen und Vernetzung auf übergeordneter Ebene auf eine nachhaltigere Ernährung ausserhalb seines direkten politischen Einflussbereichs hin. So setzte er sich im Jahr 2015 beispielsweise im Rahmen von nationalen Vernehmlassungen für eine Verschärfung der Kontrollen von importierten Fischereierzeugnissen und für eine Verbesserung des Tierwohls in der Schweiz ein. Mittels Vernetzung mit anderen Städten nahm der Kanton BS auch indirekt Stellung für verbindlichere Sozialkriterien in der öffentlichen Beschaffung (Bund) und für eine generell nachhaltigere gestaltete Beschaffung auf EU-Ebene.

3.2 Dimension Ökologische Integrität

Ökologische Integrität im Kontext des urbanen Ernährungssystems bedeutet, dass durch den städtischen Konsum bzw. durch die (peri-)urbane Landwirtschaft die Umwelt geschont wird. Dazu gehört die Reduktion des Ausstosses von Treibhausgasen und Luftschadstoffen. Die Wasser und Bodenressourcen sollen erhalten werden, ebenso die Biodiversität. Der Energie- und Materialverbrauch soll minimiert und das Tierwohl gefördert werden.

Die Reduktion des Ausstosses von Treibhausgasen ist verschiedenen Akteuren im Ernährungssystem ein Anliegen. So kaufen acht der neun untersuchten Verpflegungseinrichtungen nach eigenen Angaben saisonal ein. Auch bieten, abgesehen von einer Ausnahme, die untersuchten Betriebe täglich eine vegetarische Menu-Alternative an. Auch auf Verwaltungsseite wird mit der Förderung des Beratungs- und Zertifizierungsprogramms Fourchette verte – Ama terra die saisonale Ernährung an Kindertagesstätten und Mittagstischen/Tagesstrukturen gefördert. Im Handbuch für Tagesstrukturen des Kantons BS wird ebenfalls Wert auf Saisonalität gelegt und festgehalten, dass den Schülern pro Woche höchstens zweimal pro Woche Fleisch und Fisch angeboten wird. Die Ausschreibung für Verpflegungsdienstleistungen an Tagesstrukturen im Jahr 2014/2015 berücksichtigte diese Grundsätze entsprechend.

Für die Reduktion des Ausstosses von Luftschadstoffen werden neben den oben aufgeführten Massnahmen, auch andere Massnahmen im Ernährungssystem umgesetzt: So erhalten die

Eigentümer von Lieferwagen mit Euro 5-Abgasnorm einen Rabatt auf die Motorfahrzeugsteuer und regionale Landwirte einen Förderungsbeitrag für das Abdecken von Güllegruben.

Bei der Erhaltung der weltweiten Wasserressourcen ist die Sensibilisierung im Vergleich zu den oben genannten Themen vergleichsweise kleiner. So ergreift die Mehrheit der untersuchten Verpflegungseinrichtungen keine spezifischen Massnahmen, um den ernährungsbedingten Wasserverbrauch zu senken. Dieser spielt insbesondere dann eine Rolle, wenn Waren aus (semi-)ariden Gebieten bezogen werden.

Der Erhalt von Bodenressourcen wird einerseits lokal gefördert, andererseits steht dieser überregional nicht oder nur indirekt im Fokus von Aktivitäten im Ernährungssystem. Auf lokaler Ebene trägt die Förderung des biologischen Landbaus, welche über das staatliche Minimum hinausgeht, zur Schonung des Bodens in der Region bei. Auch werden sowohl im Richtplan wie auch in der Wohnraumförderung eine Verdichtung der urbanen Flächen und damit der Erhalt des Kulturlands angestrebt.

Hingegen kauft nur rund die Hälfte der untersuchten öffentlichen Verpflegungseinrichtungen vereinzelt Bioprodukte bzw. -rohwaren ein. Eine Veränderung hin zu einem grösseren Bioanteil würde neben den Bodenressourcen auch die Biodiversität in den Anbausystem fördern.

Auch sonst zeigt sich im Bereich der Biodiversität, dass zwar lokal die Landwirtschaft entsprechend gefördert wird, der Einkauf von Rohwaren in den untersuchten öffentlichen Verpflegungseinrichtungen nicht spezifisch auf diese Problematik ausgerichtet ist. So geht die Förderung für den Erhalt der Biodiversität in der Landwirtschaft über die bundesweite Förderungspolitik hinaus. Andererseits kauft nur drei der untersuchten öffentlichen Verpflegungseinrichtungen zeitweise Zutaten, welche auf seltenen Rassen bzw. Sorten basieren, ein. Auch schliesst nur rund die Hälfte der untersuchten Betriebe Gentechnisch veränderte Organismen (GVO) im Einkauf komplett aus. Insbesondere bei importierten Fleisch aus Übersee ist die Wahrscheinlichkeit gross, dass dieses mit GVO-Krafftutter (z.B. Soja) erzeugt wurde. GVO-Pflanzen werden üblicherweise grossflächig in Form einer einzelnen Sorte angepflanzt und verdrängen so eine Vielzahl lokal angepasster Sorten. Hingegen kaufen, abgesehen von einer Ausnahme, alle der untersuchten Betriebe teilweise oder vollständig zertifizierte Fische ein, was zur Schonung der Wildbestände beiträgt.

Hinsichtlich des Energie- und Materialverbrauchs werden im städtischen Ernährungssystem bereits verschiedene Massnahmen ergriffen. Neben den bereits weiter oben aufgeführten Massnahmen (saisonaler Einkauf, vegetarische Ernährung) im Bereich Energieverbrauch unternimmt der Kanton BS auch einige Massnahmen zur Reduktion der Lebensmittelabfälle bzw. für deren sinnvolle Weiterverwendung. Um Lebensmittelabfälle bei den städtischen Konsumenten zu verringern, führte der Kanton BS zwei mehrtägige Informationsanlässe durch. In den untersuchten öffentlichen Verpflegungseinrichtungen wird ebenfalls laut eigenen Aussagen auf die Reduktion von Lebensmittelabfällen geachtet. Weitergehende Massnahmen (wie das Monitoring von nicht verwerteten Mengen) werden jedoch nur in zwei Fällen umgesetzt. In vier Fällen wird das Essen an Mitarbeitende oder an karitative Organisationen weitergegeben.

Eine ökologisch sinnvolle Weiterverwertung von Lebensmittelabfällen wird generell einerseits durch die Förderung des Kompostierens in Privatgärten unterstützt, andererseits durch die Beteiligung der IWB an der Biogasanlage in Pratteln. Letztere produziert neben Biogas auch Kompost aus verholzten Grünabfällen und den Reststoffen des Vergärungsprozesses.

Die öffentlichen Verpflegungseinrichtungen sind auf das Thema Tierwohl nur teilweise sensibilisiert. So kaufen zwar mindestens sechs der untersuchten Verpflegungseinrichtungen Fleisch hauptsächlich aus der Schweiz ein. Trotzdem wird beim Einkauf nur in zwei Fällen zusätzlich auf Bioqualität oder das Tierwohl-Label BTS/Raus geachtet.

Durch Kurse am landwirtschaftlichen Zentrum Ebenrain im Bereich Tiergesundheit wird das Tierwohl in der regionalen Landwirtschaft gefördert und durch Kontrollen auf Betrieben und im Schlachthof regelmässig überprüft. Die Resultate der Kontrollen werden jedoch nur teilweise veröffentlicht.

3.3 Dimension Ökonomische Resilienz

Ökonomische Resilienz im Kontext des urbanen Ernährungssystems berücksichtigt, dass langfristige Investitionen in ein nachhaltiges Ernährungssystem gefördert werden. Dazu zählt die Forschung zu nachhaltiger Ernährung gefördert wird. Darüber hinaus begünstigen landwirtschaftliche Beratung, Förderung von Direktvermarktung und regional ausgerichteter Konsum kurze Wertschöpfungsketten. Die Lebensmittelsicherheit und die wahrheitsgemässe Deklaration von Produkten werden gewährleistet. Dies wiederum stellt den fairen Wettbewerb im Lebensmittelmarkt sicher.

Im Kanton BS wird Forschung zu nachhaltiger Ernährung betrieben. Die an der Universität Basel fördert studentische Projekte und Masterarbeiten im Bereich nachhaltiger Ernährung (z.B. im Bereich nachhaltiger Konsummuster). Im Verbund mit der Universität Zürich und der ETH Zürich wird im Bereich nachhaltiger Pflanzenbau geforscht.

Kurze Wertschöpfungsketten, welche tendenziell eine regionale Produktion und weniger Versorgungsrisiken gewährleisten, werden im Kanton BS durch verschiedenen Massnahmen gefördert, jedoch liegt noch Potential im Detailhandel brach. Die Förderung erfolgt durch verschiedenen Massnahmen: Die regionale Landwirtschaft wird durch Beratung am landwirtschaftlichen Zentrum Ebenrain gestärkt. Dort werden Kurse zu Spezialkulturen, Pflanzenbau, Tierhaltung, Landtechnik und Bauen, Computeranwendung, Ernährung, Buchhaltung sowie Gartenarbeit angeboten. Dabei werden Aspekte wie finanzielle Nachhaltigkeit, Stärkung der Frauen in der Landwirtschaft, Verbesserung des fachlichen Knowhows und Gesundheit thematisiert. Auffällig ist, dass im Kursjahr 2015/2016 keine Kurse zur Direktvermarktung angeboten werden.

Die Direktvermarktung wird auf städtischer Seite mittels den Stadtmärkten gefördert. Dort hat der Kanton BS auch die Möglichkeit geschaffen, regional produzierte Produkte explizit zu kennzeichnen. Dementsprechend äusserte sich keiner der drei befragten, regionalen Produzenten, welche auf dem Markt in Basel ihre Waren verkaufen, unzufrieden über die Vermarktungsmöglichkeiten.

Im Bereich des Detailhandels identifiziert der Teilbericht *Lebensmittelflüsse in Basel* das Potential, Produkte aus der Region, welche jedoch konventionell vermarktet werden, transparenter auszuweisen und damit deren Absatz zu fördern.

Seitens der öffentlichen Verpflegungseinrichtungen sollte der regionale Einkauf durch die Förderung saisonaler Produkte (vgl. Kapitel 3.2) im Grundsatz gestärkt werden.

Lebensmittelsicherheit wird im Kanton BS durch die häufigen Kontrollen aufrechterhalten. Diese werden risikobasiert vorgenommen. Das heisst, dass die Kontrollen basierend auf vorhergegangenen negativen Befunden und aufgrund des generellen Risikos (Anzahl potentiell betroffener Personen, Verderblichkeit der Waren etc.) durchgeführt werden. Die Resultate werden in anonymisierter Form jährlich veröffentlicht.

Nicht alle Aspekte der Produktedeklaration werden auf ihren Wahrheitsgehalt überprüft. Einerseits werden die zu deklarierenden Inhaltsangaben (Fettgehalt, Allergene etc.) regelmässig

kontrolliert. Andererseits findet eine Überprüfung von Labels, wie z.B. von Biolebensmittel auf Pestizidrückstände, nur indirekt und nicht systematisch statt (Bezugsjahre 2015/2016).

3.4 Dimension Soziales Wohlergehen

Soziales Wohlergehen im Kontext des urbanen Ernährungssystems bedeutet, dass sowohl im (peri-)urbanen Lebensmittelsektor wie auch bei den Zulieferern des Ernährungssystems faire Arbeitsbedingungen herrschen. Die Akteure im Ernährungssystem haben die Möglichkeit, sich weiterzubilden. Gesunde Ernährung trägt zum Wohlbefinden der Bevölkerung bei und ein entsprechendes Verpflegungsangebot steht auch Personen am Rande der Gesellschaft zur Verfügung. Durch eine gemeinsame urbane Nahrungsmittelproduktion wird die Gemeinschaft in der Stadt gestärkt.

Im (peri-)urbanen Lebensmittelsektor werden zwar verschieden Massnahmen zur Sicherstellung fairer Arbeitsbedingungen ergriffen, dies gilt jedoch nicht in gleicher Masse für die überregionalen Zulieferer des Ernährungssystems.

So regelt der Kanton BS mit einem Normalarbeitsvertrag die Arbeitsverhältnisse in der Landwirtschaft. Auch führt beispielsweise die Verwaltung risikobasierte arbeitsrechtliche Betriebskontrollen durch, bei welchen die Arbeitsbedingungen in den im Kanton BS angesiedelten Betrieben überprüft werden. Der Fokus liegt dabei auf Gesundheit am Arbeitsplatz und Unfallverhütung. In diesem Bereich werden auch Kurse für lokale Unternehmen angeboten. Auch die untersuchten öffentlichen Verpflegungseinrichtungen ergriffen in diesem Bereich Massnahmen. Zwar verfügt nur eine der Einrichtungen über ein Arbeitszertifikat, alle Betriebe unternehmen jedoch entsprechende Anstrengungen: Durch die Weiterbildung ihrer Mitarbeiter im Bereich Arbeitssicherheit, durch interne Kontrolle und Dokumentation oder durch das Bestimmen einer Kontaktperson Arbeitssicherheit (KOPAS). Auch die Wochenarbeitszeit in sieben der neun untersuchten Betriebe ist mit 42 Stunden oder weniger angemessen. Die Gleichstellung der Geschlechter wird in machen Betriebe noch nicht ausreichend beachtet: In drei Fällen wurden weder Untersuchungen zur Lohngleichheit durchgeführt noch konkrete Massnahmen wie z.B. die Schaffung von transparenter Lohnbändern ergriffen. Auch bieten zwei der untersuchten Betriebe keine Teilzeitpensen an.

Die Arbeitsbedingung von überregionalen Zulieferern des Ernährungssystems können vor allem über entsprechende Zertifikate sichergestellt werden. Beim Einkauf von tropischen Früchten (Bananen) und Kaffee (bzw. Tee im Falle von Kleinkind-Catering) in den untersuchten öffentlichen Verpflegungseinrichtungen beträgt der Fair Trade-Anteil im Schnitt jedoch nur ca. 50%. Drei der Betriebe kaufen weder Fair Trade-Bananen noch Fair Trade-Kaffee/Tee ein. Dies entspricht der Feststellung aus Kapitel 3.1, dass bis anhin keine umfassenden Richtlinien bezüglich nachhaltigem Einkauf von Lebensmitteln existieren. Generell fällt auf, dass die ILO-Kernarbeitsnormen (Kinderarbeit, Zwangsarbeit, Vereinigungsfreiheit und Recht auf Kollektivverhandlungen sowie Diskriminierungsverbot), weder im Beschaffungsgesetz noch in der entsprechenden Verordnung als Kriterien erwähnt werden. Eine Ausnahme bildet die im Kapitel 3.1 erwähnten Gleichbehandlung zwischen Mann und Frau.

Die Weiterbildung im urbanen Ernährungssystem wird auf verschiedenen Ebenen adressiert. Alle der untersuchten öffentlichen Verpflegungseinrichtungen bieten ihren Mitarbeitern Weiterbildungen an. In vier Fällen stehen den Mitarbeitern drei oder mehr Weiterbildungstage zur Verfügung. Für Mitarbeiter verarbeitender Betriebe besteht die Möglichkeit, den von der Universität Basel mitgetragenen Master of Advanced Studies für Lebensmittelsicherheit zu besuchen. Schliesslich bietet das Landwirtschaftliche Zentrum ein vielseitiges Kursprogramm an (vgl. Kapitel 3.3).

Gesunde Ernährung steht im Fokus einer Vielzahl von Massnahmen der Verwaltung, welche unterschiedliche Zielgruppen ansprechen. So werden Informationsveranstaltungen für sozial benachteiligte Familien durchgeführt und mehrere Programme zur Gesundheitsförderung an Schulen initiiert. Senioren werden durch die regelmässig erscheinende Zeitschrift *Balance* über gesunde Ernährung informiert. Auch online wird mit dem Blog Aufgeschmeckt.ch für gesunde Ernährung geworben.

Der Kanton BS unterstützt die Verpflegung mittelloser Menschen in zwei Institutionen mit finanziellen Mitteln. Diese werden zusätzlich von Privaten, Unternehmen oder Stiftungen gefördert. Je nach Wahrnehmung der involvierten Akteure ist das Angebot ausreichend oder ausbaufähig.

Die gemeinsame urbane Nahrungsmittelproduktion wird durch den Kanton BS mittels Bereitstellung von Gartenflächen gefördert, jedoch wären noch weitere Massnahmen möglich. So verfügt der Kanton BS über grosse Familiengartenfläche (vgl. Teilbericht *Urbane Agrikultur in Basel*), bietet jedoch keine Beratung zu Gemüseanbau für die Gartenbewirtschafter an. Die zivilgesellschaftlichen Initiativen im Bereich Urbanes Gärtnern werden vom Kanton nur in seltenen Fällen unterstützt, obwohl diese beispielsweise zum Thema Gartenbau viel öffentliche Beratungsarbeit leisten.

4 Schlussfolgerungen und Empfehlungen

Im Verlaufe des Projekts wurde eine Nachhaltigkeitsbewertung der Verwaltungsaktivitäten im Ernährungssystem vorgenommen. Dabei konnte eine grosse Anzahl von 51 Themengebieten mit 97 Indikatoren berücksichtigt werden. Die Analyse deckt zwar viele Aspekte im Ernährungssystem ab (vgl. Kapitel 2.1), jedoch wurde aus zeitlichen Gründen davon abgesehen, die Wirksamkeit der ergriffenen Massnahmen detailliert zu untersuchen. Das bedeutet beispielsweise, dass trotz eines vegetarischen Angebots in den öffentlichen Verpflegungseinrichtungen immer noch viel Verbesserungspotential beim gesamten städtischen Konsum bestehen kann. Eine Priorisierung und Evaluierung der ergriffenen Massnahmen, wie sie weiter unten vorgeschlagen wird, könnte diese Lücke schliessen.

Die Nachhaltigkeitsbewertung hat gezeigt, dass im Kanton BS schon bereits heute eine Vielzahl von Massnahmen in Richtung einer nachhaltigen Ernährung umgesetzt werden. So nimmt der Kanton BS diesbezüglich über seine Stadtgrenzen hinaus politisch Einfluss. Auch im direkten Einflussbereich wird ein reduzierter ökologischer Fussabdruck des urbanen Ernährungssystems angestrebt. Dazu tragen Massnahmen wie die Unterstützung des regionalen Biolandbaus, die Förderung von saisonalem und vegetarischem Essen an Schulen, die Kompostierung und energetische Verwertung von Lebensmittelabfällen bei.

Ebenfalls werden vielseitige Anstrengungen unternommen, die öffentliche Gesundheit durch das vielseitige, zielgruppengerechte Informationsangebot bezüglich gesunder Ernährung zu fördern. Programm wie Fourchette verte - ama terra wird auch ganz konkret eine gesunde Ernährung an Schulen und Kindertagesstätten angestrebt. Darüber hinaus bietet der Kanton BS über seine Ausbildungsstätten und landwirtschaftliche Beratung verschiedene Weiterbildungsmöglichkeiten im Bereich Ernährung an, welche die Resilienz des Ernährungssystems stärken sollten. Auch ist die Lebensmittelsicherheit, ein wichtiger Grundpfeiler des urbanen Ernährungssystems, gewährleistet.

Um die Wirksamkeit der umgesetzten Massnahmen und Initiativen besser abschätzen und neue Schwerpunkte ganzheitlich planen zu können, fehlt jedoch momentan noch eine verwaltungsübergreifende Planung und Evaluation, welche auch andere Akteure des Ernährungssystems miteinbezieht.

Auch bei den öffentlichen Verpflegungseinrichtungen konnten wir Verbesserungspotential identifizieren: Die Lohnungleichheit wird in den untersuchten Betrieben noch nicht überall gleichermassen adressiert und generell ist der Anteil von Bio- und Fair-Trade-Produkten noch gering. Damit einhergehend stellt sich die Frage, in welchem Masse spezifische Umwelt- und Sozialkriterien unter den gegebenen Rahmenbedingungen noch mehr im Beschaffungswesen berücksichtigt werden können. Auch ist das Potential für kürzere Wertschöpfungsketten und für die Förderung des urbanen Gärtnerns, welches einen wichtigen Beitrag zur sozialen Integration in der Stadt leistet, im Ernährungssystem Basel noch nicht ausgeschöpft.

Aufgrund der oben erwähnten Aspekte empfehlen wir, die Koordination zwischen den involvierten Fachstellen gestärkt wird und Massnahmen abgestimmt werden. In einer übergeordneten Planung werden Prioritäten festgelegt und die Umsetzung von Massnahmen mit geeigneten Indikatoren überwacht. Ein erster Schritt wurde im Jahr 2015 mit der Unterzeichnung des Milan Urban Food Policy Pacts (Milano, 2015) gemacht, welcher die Entwicklung hin zu nachhaltigen urbanen Ernährungssystemen als Ziel hat. Für die Implementierung des Milan Urban Food Policy Pacts im Kanton BS nahm im April 2014 eine interdepartementale Arbeitsgruppe ihre Arbeit auf.

Die verschiedenen Akteure im Ernährungssystem sollten wo möglich stärker in die übergeordnete Planungen miteinbezogen werden und die Möglichkeit haben, Anliegen in der Verwaltung

einzubringen. In verschiedenen Städten wurden bis heute in dieser Hinsicht sogenannte Food Policy Councils eingerichtet (z.B. der Bristol Food Policy Council (2016)).

Um Themen wie Biodiversität und Tierwohl zu adressieren, ist eine Erhöhung des Anteils biologischer Zutaten zu empfehlen. Auch sollte ein höherer Fair Trade-Anteil von Produkten aus Entwicklungsländern angestrebt werden. Beide Massnahmen würden dazu beitragen, die negativen externen Auswirkungen des Ernährungssystems zu verringern.

Im Bereich der öffentlichen Beschaffung könnte eine Abklärung verschiedener Massnahmen auf ihre WTO-Konformität (vgl. auch das vergaberechtliche Arbeitspapier von Steiner (2015)) und ein Blick auf andere Beispiele (wie z.B. die in Kapitel 3.1 erwähnten EU-Beschaffungsrichtlinien) hilfreiche Anhaltspunkte bieten. Ausserhalb des öffentlichen Beschaffungswesens fördern seit anfangs 2016 auch einige wenige Schweizer Städte als sogenannte *Fair Trade Towns* die Verbreitung von Fair Trade-Produkten in ihrer Stadt.

Bei den öffentlichen Verpflegungseinrichtungen sticht bei den Arbeitsbedingungen, wie oben erwähnt, vor allem das Thema Lohngleichheit hervor. In diesem Punkt ist der Kanton BS bereits aktiv und testet den Einsatz eines vom Bund entwickelten Instruments zur Überprüfung der Lohngleichheit bei seinen Auftragsnehmern.

Wie auch schon im Teilbericht *Lebensmittelflüsse in Basel*, erwähnt sollten kurze Wertschöpfungsketten weiterhin gefördert werden. Bezüglich Direktvermarktung könnte das landwirtschaftliche Zentrum Ebenrain aufgrund des vorhandenen Knowhows eine Schlüsselrolle übernehmen. Zu denken wäre eine diesbezügliche Erweiterung des Kursangebots. Dabei sollten jedoch die im Entwicklungskonzept Landwirtschaft Basel (Dierauer, 2015) erwähnten Probleme bezüglich Arbeitsintensität der Direktvermarktung mitberücksichtigt werden.

Schliesslich empfehlen wir, das urbane Gärtnern mit geeigneten Rahmenbedingungen (verwaltungsseitige Ansprechperson, Kurse etc.) zu fördern.

5 Literaturliste

- Bristol Food Policy Council. (2016). About the Bristol Food Policy Council. Zuletzt zugegriffen am 14. April 2016 unter <http://bristolfoodpolicycouncil.org/about/>
- Dierauer, H. (2015). Entwicklungskonzept Landwirtschaft Basel. Aktualisierung und Standortbestimmung.
- Food and Agriculture Organization of the United Nations (FAO). (2013). *SAFA Guidelines Version 3.0*. Zuletzt zugegriffen am 14. April 2016 unter http://www.fao.org/fileadmin/templates/nr/sustainability_pathways/docs/SAFA_Guidelines_Final_122013.pdf
- Milano. (2015). Milan Urban Food Policy Pact. Zuletzt zugegriffen am 14. April 2016 unter <http://www.foodpolicymilano.org/en/urban-food-policy-pact-2/>
- Neto, B., Quintero, R. R., Wolf, O., Sjögren, P., & Le, P. (2016). *Revision of the EU Green Public Procurement Criteria for Food and Catering Services - Technical report for the 1st AHWG meeting*. Zuletzt zugegriffen am 14. April 2016 unter http://susproc.jrc.ec.europa.eu/Food_Catering/docs/EU%20GPP%20Food%20Catering%20services_Technical%20Report.pdf
- Steiner, M. (2015). *Die Berücksichtigung sozialer Aspekte im Rahmen der öffentlichen Beschaffung*. Zuletzt zugegriffen am 14. April 2016 unter http://www.igoeb.ch/pdf/Sozialpapier_final_21_05_2015.pdf

6 Danksagung

Einen herzlichen Dank möchten wir an unsere FiBL-Mitarbeitenden Rebekka Frick, Heidrun Moschitz, Lukas Baumgart und Anja Heidenreich richten, welche uns tatkräftig bei der Datenerhebung (Rebekka Frick), der Gestaltung des Bewertungsmodells (Heidrun Moschitz, Lukas Baumgart und Anja Heidenreich) und bei der Berichtrevision (Heidrun Moschitz) unterstützt haben.

Wir möchten uns ebenfalls bei allen befragten Verpflegungseinrichtungsbetreibern, Direktvermarktern, sozialen Institutionen und zivilgesellschaftlichen Initiativen herzlich bedanken.

Einen herzlichen Dank möchten wir auch an alle Angestellten der Verwaltung richten, welche uns ihr Wissen über die Verwaltungsaktivitäten im Bereich der nachhaltigen Ernährung weitergeben haben: Daniel Arni (Fachstelle Messen & Märkte), Roberto Cussigh (Arbeitsinspektorat), Simona Dematté (Geschäftsstelle Kantonale Krisenorganisation), Luana Huber (Kantonale Fachstelle für öffentliche Beschaffungen), Philipp Hübner (Kantonales Laboratorium), Ursula Hügi (Fachstelle Tagesstrukturen), Beatrice Inglin-Buomberger (Ombudsstelle), Susanne Jeger (Pensionskasse), Stefanie Kaiser (Fachstelle Grundlagen & Strategie), Dominik Keller (Koordinationsstelle Umweltschutz), Nadia Pecoraro (Gesundheitsdienste, Präventiv- und Sozialmedizin), Thomas Riedtmann (Zentrale Dienste Erziehungsdepartement), Emanuel Trueb (Stadtgärtnerei) und Urs Weingartner (Landwirtschaftliches Zentrum Ebenrain).

Wir möchten uns auch bei allen Mitgliedern der Projektbegleitgruppe herzlich für deren Unterstützung bedanken: Conradin Bolliger (Coop), René Bourquin (Migros), Manuel Crain (Abteilung Kantons- und Stadtentwicklung), Christophe Eggenschwiler (MIBA), Lisa Eggenschwiler (Christoph Merian Stiftung), Urs Guyer (Bio Suisse), Johanna Gysin (Landwirtschaftliches Zentrum Ebenrain), Markus Hurschler (Foodways), Stefanie Kaiser (Abteilung Kantons- und Stadtentwicklung), Dominik Keller (Koordinationsstelle Umweltschutz), Lukas Kilcher (Landwirtschaftliches Zentrum Ebenrain), Tilla Künzli (Urban Agriculture Basel), Martin Lüchinger (Abteilung Abfall Amt für Umwelt und Energie des Kantons Basel-Stadt), Toni Mathis-Düring (Mathis-Hof), Simona Matt (Coop), Heinz Müller (Restaurant Felix-Platter Spital), Nadia Pecoraro (Gesundheitsdienste, Präventiv- und Sozialmedizin), Jörg Schumacher (Bio Suisse), Alexander Tanner (Agrico), Emanuel Trueb (Stadtgärtnerei).

Anhang A Adaptierte SAFA-Subthemenziele

Unterthema DE	Unterthema Ziel DE	Unterthema Ziel DE - SAFA Urban Tool
Unternehmensleitlinien	Über sein Engagement in allen Bereichen der Nachhaltigkeit informiert das Unternehmen alle internen und externen Interessensgruppen durch die Veröffentlichung eines Leitbildes oder anderer ähnlicher Erklärungen (z.B. eines Verhaltenskodex oder einer Unternehmens-Vision), die für Management, Mitarbeitende und sonstige Partner verpflichtend sind.	Die Stadt informiert die Öffentlichkeit über ihr Bekenntnis zur nachhaltigen Ernährung mittels eines in der städtischen Verfassung oder anderer, ähnlich grundlegende Gesetzesnormen festgehaltenen Grundsatzartikels. Öffentliche Verpflegungseinrichtungen veröffentlichen ein Leitbild mit einem entsprechenden Passus.
Sorgfaltspflicht	Das Unternehmen berücksichtigt pro-aktiv seine außerbetrieblichen Auswirkungen auf alle Bereiche der Nachhaltigkeit, bevor Entscheidungen getroffen werden. Dies wird erreicht, indem das Unternehmen geeignete Verfahren wie z.B. Risikobewertungen verwendet, die sicherstellen, dass Interessensgruppen informiert, beteiligt und respektiert werden.	Die Stadt verfügt über geeignete Strukturen um zu verhindern, dass durch die Beschaffung im Ernährungsbereich bzw. durch Investitionen im landwirtschaftlichen Sektor der öffentlichen Hand negative externe Auswirkungen entstehen.
Ganzheitliche Audits	Alle Bereiche der Nachhaltigkeit der SAFA Dimensionen, die das Unternehmen betreffen, werden in geeigneter Weise intern überwacht und wo immer möglich mit Hilfe anerkannter Systeme der Nachhaltigkeitsberichterstattung überprüft.	Nachhaltigen Ernährung in allen ihren Aspekten, welche die Stadt beeinflussen kann, sind im städtischen Nachhaltigkeitsbericht oder in einem ähnlichen Dokument festgehalten.

Unterthema DE	Unterthema Ziel DE	Unterthema Ziel DE - SAFA Urban Tool
Verantwortung	Die Führungskräfte und / oder Eigentümer des Unternehmens bewerten regelmäßig und ausführlich die Leistung des Unternehmens bezüglich seines Leitbildes oder seines Verhaltenskodex.	Fortschritte im Bereich nachhaltiger Ernährung werden im Nachhaltigkeitsbericht oder in einem ähnlichen Dokument bewertet.
Transparenz	Alle Verfahren, Richtlinien, Entscheidungen oder Entscheidungsprozesse sind öffentlich zugänglich (sofern angemessen) und werden Interessensgruppen zur Verfügung gestellt, einschließlich dem Personal und anderen durch die Tätigkeiten des Unternehmens betroffenen Personen.	Alle Aktivitäten, Gesetze, Verträge mit Dienstleistern und Verordnungen der Stadt im Bereich Ernährung sind öffentlich zugänglich. Öffentliche Verpflegungseinrichtungen informieren über die Herkunft ihrer Rohwaren.
Dialog mit Interessensgruppen	Das Unternehmen identifiziert pro-aktiv sämtliche durch die Aktivitäten des Unternehmens betroffenen Interessensgruppen (einschließlich denen, die nicht in der Lage sind, ihre Rechte selbst einzufordern) und stellt sicher, dass alle informiert sind, in kritische Entscheidungsfindungen einbezogen werden und ihre Beiträge angemessen berücksichtigt werden.	Die Stadt identifiziert pro-aktiv sämtliche durch die Aktivitäten des Unternehmens betroffenen Interessensgruppen (einschließlich denen, die nicht in der Lage sind, ihre Rechte selbst einzufordern) und stellt sicher, dass alle informiert sind, in kritische Entscheidungsfindungen einbezogen werden und ihre Beiträge angemessen berücksichtigt werden.
Beschwerdemechanismen	Alle Interessensgruppen (interne und externe, einschließlich derjenigen, die nicht in der Lage sind ihre Rechte selbst einzufordern) haben Zugang zu angemessenen Beschwerdeverfahren ohne die Gefahr negativer Folgewirkungen.	Alle Akteure im Ernährungssystem haben auch aussergerichtlich den Zugang zu angemessenen Beschwerdeverfahren ohne die Gefahr negativer Folgewirkungen.

Unterthema DE	Unterthema Ziel DE	Unterthema Ziel DE - SAFA Urban Tool
Konfliktlösung	Konflikte zwischen Anliegen der verschiedenen Interessensgruppen und den Tätigkeiten des Unternehmens werden durch kooperativen Dialog gelöst (z. B. schlichtend, vermittelnd, fördernd, versöhnend oder aushandelnd), basierend auf Respekt, gegenseitigem Verständnis und Gleichberechtigung.	Konflikte nicht-staatlichen Akteuren im Ernährungssystem und der Stadt werden durch kooperativen Dialog gelöst (z.B. schlichtend, vermittelnd, fördern, versöhnend und aushandelnd), basierend auf Respekt, gegenseitigem Verständnis und Gleichberechtigung.
Rechtmäßigkeit	Das Unternehmen hält sich an alle anwendbaren Gesetze, Verordnungen und vom Unternehmen freiwillig eingegangene Verpflichtungen (außer als Teil einer ausdrücklichen Kampagne des gewaltlosen zivilen Ungehorsams oder Protests), sowie an internationale Menschenrechtsstandards (ob gesetzlich verpflichtet oder nicht).	Die Stadt kommt ihren im Gesetz definierten Aufgaben im Bereich der Ernährung nach und bewegt sich im Rahmen der gesetzlich festgelegten Kompetenzen.
Abhilfe, Entschädigung und Prävention	Im Falle wie auch immer gearteter Rechtsverletzungen oder Verletzungen anderer gesetzlicher, behördlicher, freiwilliger Richtlinien sowie internationaler Menschenrechte, leitet das Unternehmen umgehend wirksame Abhilfe ein und trifft geeignete Maßnahmen für die Wiederherstellung und künftige Vermeidung.	<i>Nicht auf das urbane Ernährungssystem angewendet.</i>
Gesellschaftspolitische Verantwortung	Innerhalb seines Einflussbereichs unterstützt das Unternehmen die Verbesserung der rechtlichen und behördlichen Rahmenbedingungen in allen Dimensionen der Nachhaltigkeit und versucht nicht, die Auswirkungen von Menschenrechten, Nachhaltigkeitsstandards oder Verordnungen durch Haftungsbeschränkungen von Firmen, Standortwechsel oder andere Mittel zu umgehen.	Die Stadt setzt sich auch ausserhalb des politischen Hoheitsgebiets für eine nachhaltige Ernährung ein.

Unterthema DE	Unterthema Ziel DE	Unterthema Ziel DE - SAFA Urban Tool
Ressourcenbeschaffung	Unternehmen schmälern nicht die bestehenden Rechte von Gemeinschaften bzgl. Land, Wasser und Ressourcen. Tätigkeiten werden erst ausgeführt wenn eine Unterrichtung der betroffenen Gemeinschaften durch Bereitstellung von Informationen, unabhängiger Beratung und Aufbau von Kapazitäten erfolgt ist, die der Selbstorganisation von Gemeinschaften dient, um ihnen eine angemessene Vertretung zu ermöglichen.	Die Stadt schmälert nicht die bestehenden Rechte von Gemeinschaften bzgl. Land, Wasser und Ressourcen. Investitionen im Zusammenhang mit der Anlage öffentlicher Gelder werden auf diese Rechte überprüft und in den Fällen, bei denen diese nicht garantiert werden können, nicht vorgenommen.
Nachhaltigkeitsplanung	Ein Nachhaltigkeitsplan für das Unternehmen wurde entwickelt, der eine ganzheitliche Nachhaltigkeitsperspektive bietet und Synergien und Zielkonflikte zwischen den Dimensionen (einschließlich der ökologischen, wirtschaftlichen, sozialen und Unternehmensführungs-Dimension) berücksichtigt.	Die Stadt definiert eine Strategie für nachhaltige Ernährung bzw. integriert das Thema Ernährung in die Nachhaltigkeitsstrategie. Dabei wird eine ganzheitliche Nachhaltigkeitsperspektive eingenommen und Synergien und Zielkonflikte zwischen den Dimensionen (einschließlich der ökologischen, wirtschaftlichen, sozialen und Unternehmensführungs-Dimension) berücksichtigt.
Berücksichtigung externer Kosten	Der wirtschaftliche Erfolg des Unternehmens wird unter Berücksichtigung direkter und indirekter Auswirkungen auf das wirtschaftliche, gesellschaftliche und ökologische Umfeld (z. B. über eine Dreifachbilanz der ethischen, ökologischen und finanziellen Leistungen, sog. "triple bottom line reporting") gemessen und dokumentiert. Die Rechnungslegung macht sowohl direkt als auch indirekt erhaltene Subventionen transparent ebenso wie direkt und indirekt externalisierte Kosten.	Die Stadt lässt die durch den städtischen Lebensmittelkonsum entstandenen direkten und indirekten Auswirkungen auf das wirtschaftliche, gesellschaftliche und ökologische Umfeld abschätzen.

Unterthema DE	Unterthema Ziel DE	Unterthema Ziel DE - SAFA Urban Tool
Treibhausgase	Der Ausstoss von Treibhausgasen wird minimiert.	Der Ausstoss von Treibhausgasen wird im Rahmen des städtischen Ernährungssystems minimiert.
Luftqualität	Der Ausstoss von Luftschadstoffen wird verhindert und ozonabbauende Stoffe werden eliminiert.	Im Rahmen des städtischen Ernährungssystems wird der Ausstoss von Luftschadstoffen verhindert und ozonabbauende Stoffe eliminiert.
Wasserentnahme	Die Entnahme von Grund- und Oberflächenwasser und / oder deren Nutzung beeinträchtigt nicht das Funktionieren der natürlichen Wasserkreisläufe und Ökosysteme noch das Zusammenleben der Gemeinschaften von Mensch, Pflanze und Tier.	Der Wasserfussabdruck des städtischen Lebensmittelkonsums beeinträchtigt nicht das Funktionieren der natürlichen Wasserkreisläufe und Ökosysteme noch das Zusammenleben der Gemeinschaften von Mensch, Pflanze und Tier.
Wasserqualität	Die Freisetzung von Schadstoffen ins Wasser wird verhindert und die Qualität von Abwässern wird wiederhergestellt, sodass eine Gefährdung von Menschen, Pflanzen, Tiere und Ökosysteme ausgeschlossen ist.	Im Rahmen des städtischen Ernährungssystems wird die Freisetzung von Schadstoffen ins Wasser wird verhindert und die Qualität von Abwässern wird wiederhergestellt, sodass eine Gefährdung von Menschen, Pflanzen, Tiere und Ökosysteme ausgeschlossen ist.

Unterthema DE	Unterthema Ziel DE	Unterthema Ziel DE - SAFA Urban Tool
Bodenqualität	Die Bodeneigenschaften ermöglichen die besten Bedingungen für Pflanzenwachstum und Bodengesundheit, während chemische und biologische Bodenverunreinigung verhindert wird.	Das städtische Ernährungssystem fördert Bodeneigenschaften welche die besten Bedingungen für Pflanzenwachstum und Bodengesundheit ermöglichen, während chemische und biologische Bodenverunreinigung verhindert wird.
Bodendegradation	Es gibt keine Landverluste durch Verschlechterung der Bodenqualität und Wüstenbildung, degradierte Flächen werden saniert.	Die Stadt und das städtische Ernährungssystem wirken Landverlusten durch Verschlechterung der Bodenqualität und Versiegelung sowie Wüstenbildung entgegen.
Diversität von Ökosystemen	Die Vielfalt, funktionelle Unversehrtheit und Verbundenheit von natürlichen, naturnahen und landwirtschaftlichen Ökosystemen wird bewahrt und verbessert.	Das städtische Ernährungssystem bewahrt und verbessert die Vielfalt, funktionelle Unversehrtheit und Verbundenheit von natürlichen, naturnahen und landwirtschaftlichen Ökosystemen.
Artenvielfalt	Die Vielfalt frei lebender Arten in natürlichen und naturnahen Ökosystemen sowie die Vielfalt von domestizierten Arten in der Landwirtschaft, Forstwirtschaft und Fischerei wird bewahrt und verbessert.	Das städtische Ernährungssystem bewahrt und verbessert die Vielfalt frei lebender Arten in natürlichen und naturnahen Ökosystemen.

Unterthema DE	Unterthema Ziel DE	Unterthema Ziel DE - SAFA Urban Tool
Genetische Vielfalt	Die Vielfalt der Bestände frei lebender Arten sowie die Vielfalt kultivierter Sorten, Arten und Rassen wird bewahrt und verbessert.	Das städtische Ernährungssystem bewahrt und verbessert die Vielfalt der Bestände kultivierter Sorten, Arten und Rassen.
Materialverbrauch	Der Materialverbrauch wird minimiert und Wiederverwendungs-, Recycling- und Rückgewinnungsraten werden maximiert.	Der Materialverbrauch, welcher durch den städtischen Lebensmittelkonsums entsteht, wird minimiert und Wiederverwendungs-, Recycling- und Rückgewinnungsraten werden maximiert.
Energieverbrauch	Der Gesamtenergieverbrauch wird minimiert und die Verwendung von nachhaltiger erneuerbarer Energie wird maximiert.	Der Energieverbrauch wird im städtischen Ernährungssystem minimiert und die Verwendung von nachhaltiger erneuerbarer Energie wird maximiert.
Abfallvermeidung & Entsorgung	Abfallproduktion wird vermieden und Abfall wird so entsorgt, dass weder die Gesundheit von Menschen noch Ökosysteme bedroht werden. Verlust bzw. Abfall von Lebensmitteln wird minimiert.	Die Abfallproduktion, welche durch den städtischen Lebensmittelkonsum entsteht, wird vermieden. Abfall von Lebensmitteln wird minimiert.

Unterthema DE	Unterthema Ziel DE	Unterthema Ziel DE - SAFA Urban Tool
Tiergesundheit	Tiere werden frei von Hunger und Durst sowie Verletzungen und Krankheiten gehalten.	Das städtische Ernährungssystem fördert, dass Tiere frei von Hunger und Durst sowie Verletzungen und Krankheiten gehalten werden.
Artgerechte Haltung	Tiere werden unter artgerechten Bedingungen und frei von Beschwerden, Schmerzen, Verletzungen, Krankheiten, Angst und Leid gehalten.	Das städtische Ernährungssystem fördert, dass Tiere unter artgerechten Bedingungen und frei von Beschwerden, Schmerzen, Verletzungen, Krankheiten, Angst und Leid gehalten werden.
Interne Investitionen	Das Unternehmen investiert kontinuierlich und vorausschauend in die Verbesserung seiner Nachhaltigkeitsleistung.	Die Stadt fördert kontinuierlich und vorausschauend die Verbesserung des nachhaltigen städtischen Ernährungssystems.
Gemeinnützige Investitionen	Durch seine Investitionen trägt das Unternehmen zur nachhaltigen Entwicklung einer Gemeinschaft bei.	Die Stadt unterstützt mit ihren finanziellen Förderungen generell eine nachhaltigere Ernährung.

Unterthema DE	Unterthema Ziel DE	Unterthema Ziel DE - SAFA Urban Tool
Langfristige Investitionen	Investitionen in Produktionsstätten, Ressourcen, Vermarktungsstrukturen, Aktien und Zukäufe zielen auf langfristige Nachhaltigkeit anstatt auf Maximierung kurzfristiger Profite.	<i>Nicht auf das urbane Ernährungssystem angewendet.</i>
Profitabilität	Durch seine Investitionen und Geschäftstätigkeiten schafft das Unternehmen, ein positives Geschäftsergebnis zu erzielen.	<i>Nicht auf das urbane Ernährungssystem angewendet.</i>
Produktionsstabilität	Die Produktion (Menge und Qualität) ist ausreichend widerstandsfähig, um ökologische, soziale und wirtschaftliche Krisen abzufedern und sich ihnen anzupassen.	Die regionale Produktionsstabilität wird durch das städtische Ernährungssystem gefördert.
Stabilität der Zulieferkette	Stabile Geschäftsbeziehungen mit einer ausreichenden Anzahl von Zulieferern sind sichergestellt und alternative Beschaffungskanäle stehen zur Verfügung.	<i>Nicht auf das urbane Ernährungssystem angewendet.</i>

Unterthema DE	Unterthema Ziel DE	Unterthema Ziel DE - SAFA Urban Tool
Absatzstabilität	Stabile Geschäftsbeziehungen mit einer ausreichenden Anzahl von Kunden sind sichergestellt, die Einkommensstruktur ist vielfältig und alternative Vermarktungskanäle stehen zur Verfügung.	<i>Nicht auf das urbane Ernährungssystem angewendet.</i>
Liquidität	Durch finanzielle Liquidität, den Zugang zu Krediten und durch (formelle und informelle) Versicherungen gegen ökonomische, Umwelt- und soziale Risiken wird ermöglicht, Zahlungsausfällen standzuhalten.	<i>Nicht auf das urbane Ernährungssystem angewendet.</i>
Risikomanagement	Strategien, um interne und externe Risiken (z.B. Preis, Produktion, Markt, Kredit, Personal, Soziales, Umwelt) zu handhaben und zu begrenzen sind eingerichtet, so dass das Unternehmen den negativen Auswirkungen der Risiken standhalten kann.	Die Stadt stellt den Zugang zu Lebensmitteln und Trinkwasser in Notlagen sicher.
Lebensmittelsicherheit	Lebensmittelgefahren werden systematisch kontrolliert und jede Kontamination von Lebensmitteln mit potenziell schädlichen Substanzen wird vermieden.	Lebensmittelgefahren werden durch die Stadt systematisch kontrolliert und jede Kontamination von Lebensmitteln mit potenziell schädlichen Substanzen vermieden.

Unterthema DE	Unterthema Ziel DE	Unterthema Ziel DE - SAFA Urban Tool
Lebensmittelqualität	Die Qualität von Lebensmittelprodukten erfüllt die höchstmöglichen Nährwertnormen für die jeweilige Art des Produktes.	Das städtische Ernährungssystem fördert die Qualität von Lebensmittelprodukten, welche höchstmögliche Nährwertnormen für die jeweilige Art des Produktes erfüllen.
Produktinformation	Produkte tragen vollständige und korrekte Informationen, die für Verbraucher und alle Teilnehmer in der Lebensmittelkette öffentlich zugänglich und nicht irreführend sind.	Die Stadt kontrolliert die vollständige und korrekte Deklaration von Lebensmittelprodukten.
Regionale Wertschöpfung	Unternehmen unterstützen die lokale Wirtschaft durch Beschäftigung und Zahlung lokaler Steuern.	Die Stadt fördert die Direktvermarktung regionaler Produkte.
Regionale Beschaffung	Unternehmen fördern die lokale Wirtschaft auf substanzielle Art und Weise durch Bezug der Rohwaren von lokalen Lieferanten.	Der städtische Lebensmittelkonsum fördert den Absatz regionaler Produkte.

Unterthema DE	Unterthema Ziel DE	Unterthema Ziel DE - SAFA Urban Tool
Lebensqualität	Alle Produzenten und Angestellten von Unternehmen jeglicher Grösse genießen einen Lebensunterhalt, der eine kulturell angemessene und ernährungsphysiologisch ausreichende Ernährung bietet und Zeit für Familie, Ruhepausen und Kultur ermöglicht.	Regionale Produzenten und Angestellte in öffentlichen Verpflegungseinrichtungen geniessen einen Lebensunterhalt der ausreichend Zeit für Familie, Ruhepausen und Kultur ermöglicht. Konsumenten wird eine angemessene und ernährungsphysiologisch ausreichende Ernährung ermöglicht.
Kompetenzaufbau	Neben der Möglichkeit, durch Aus- und Weiterbildung die nötigen Fähigkeiten und Kenntnisse zu erwerben, um die von ihnen geforderten Arbeiten und künftigen Aufgaben auszuführen, haben alle Primärproduzenten und Angestellten die Mittel, sich selbst und Familienmitgliedern auch weitere Aus- und Weiterbildung zu ermöglichen.	Die Stadt ermöglicht Angestellten im Ernährungssektor und regionalen Produzenten Aus- und Weiterbildungsmöglichkeiten.
Fairer Zugang zu Produktionsmitteln	Primärproduzenten haben Zugang zu Produktionsmitteln, inklusive Ausrüstung, Kapital und Wissen.	Die Stadt ermöglicht regionalen Primärproduzenten den Zugang zu Produktionsmitteln inklusive Ausrüstung, Kapital und Wissen.
Verantwortungsvoller Einkauf	Das Unternehmen sorgt dafür, dass durch Verhandlungen mit Lieferanten ein fairer Preis festgelegt wird, der ausreichende Einnahmen garantiert, um existenzsichernde Löhne zahlen zu können, die Produktionskosten zu decken sowie die Wirtschaftsweise in hohem Maße nachhaltig zu gestalten. Verhandlungen und Verträge (mündlich oder schriftlich) sind transparent, basieren auf Gleichberechtigung, werden nur aus gutem Grund beendet und Konditionen werden in gegenseitigem Einvernehmen vereinbart.	Im Rahmen der öffentlichen Beschaffung von Lebensmitteln wird sichergestellt, dass Produzenten in Schwellen- und Entwicklungsländern einen fairen Preis für die gelieferten Lebensmittel erhalten.

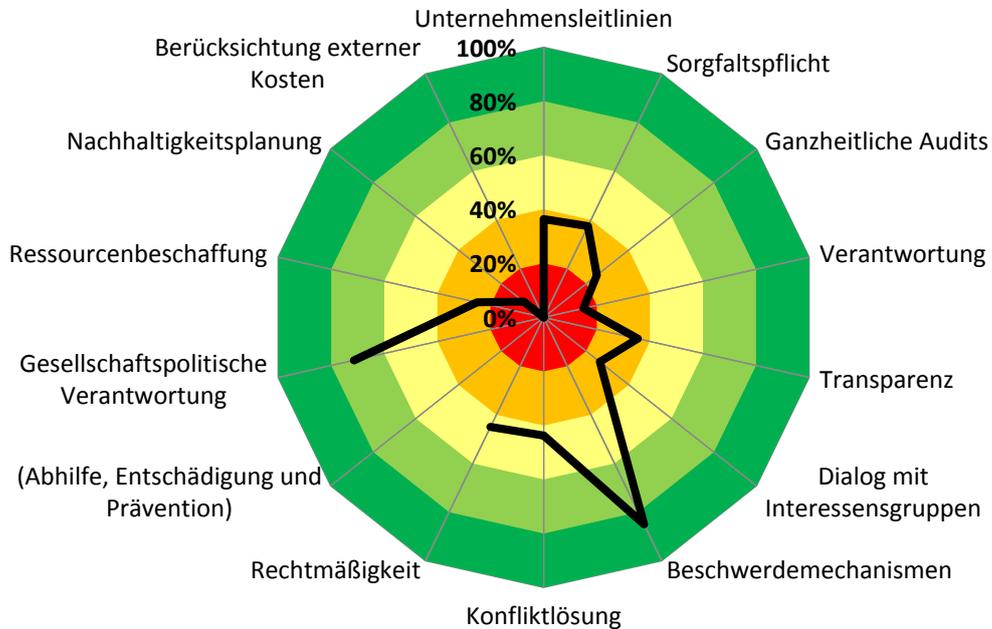
Unterthema DE	Unterthema Ziel DE	Unterthema Ziel DE - SAFA Urban Tool
Rechte von Zulieferern	Unternehmen, die faire Preise verhandeln, erkennen die Rechte von Lieferanten bezüglich Koalitionsfreiheit und der Freiheit, alle Verträge und Übereinkünfte als Kollektiv zu verhandeln an und unterstützen diese ausdrücklich.	<i>Nicht auf das urbane Ernährungssystem angewendet.</i>
Beschäftigungsverhältnisse	Die Unternehmen hat mit allen Mitarbeitenden rechtsverbindliche und transparent geregelte Verträge, die zugänglich sind und die Arbeits- und Anstellungsbedingungen regeln. Die Beschäftigung erfolgt im Einklang mit nationalen Gesetzen für Arbeit und soziale Absicherung.	Die Stadt stellt in ihrem direkten Einflussbereich sicher, dass Angestellte im Ernährungssektor (inkl. regionale Produzenten) über rechtsverbindliche und transparent geregelte Verträge verfügen. Diese regeln Arbeits- und Anstellungsbedingungen im Einklang mit nationalen Gesetzen für Arbeit und soziale Absicherung.
Zwangsarbeit	Das Unternehmen akzeptiert keinerlei Zwangsarbeit, Schuldknechtschaft oder unfreiwillige Arbeit, weder in den eigenen Betrieben noch in denen der Geschäftspartner.	Im Rahmen der öffentlichen Beschaffung von Lebensmitteln wird Zwangsarbeit, Schuldknechtschaft oder unfreiwillige Arbeit in der Zulieferkette nicht akzeptiert.
Kinderarbeit	Das Unternehmen akzeptiert keinerlei Kinderarbeit, die der physischen oder psychischen Gesundheit schaden könnte oder die Erziehung und Bildung von Minderjährigen behindert, weder in eigenen Betrieben noch in denen von Geschäftspartnern.	Im Rahmen der öffentlichen Beschaffung von Lebensmitteln wird Kinderarbeit, die der physischen und psychischen Gesundheit schaden könnte oder die Erziehung und Bildung von Minderjährigen behindert, in der Zulieferkette nicht akzeptiert.

Unterthema DE	Unterthema Ziel DE	Unterthema Ziel DE - SAFA Urban Tool
Versammlungs- und Verhandlungsfreiheit	Alle Menschen im Unternehmen können folgende Rechte frei ausüben, ohne negative Auswirkungen fürchten zu müssen: (i) die Bedingungen ihrer Beschäftigung individuell oder als Gruppe zu verhandeln, (ii) sich einer Arbeitnehmervertretung oder Gewerkschaft anzuschließen oder eine solche zu gründen und (iii) Tarifverhandlungen zu führen.	Im Rahmen der öffentlichen Beschaffung von Lebensmitteln wird für die Zulieferkette sichergestellt, dass alle involvierten Personen folgende Rechte frei ausüben können, ohne negative Auswirkungen fürchten zu müssen: (i) die Bedingungen ihrer Beschäftigung individuell oder als Gruppe zu verhandeln, (ii) sich einer Arbeitnehmervertretung oder Gewerkschaft anzuschließen oder eine solche zu gründen und (iii) Tarifverhandlungen zu führen.
Nicht-Diskriminierung	Es werden strenge Gleichberechtigungs- und Antidiskriminierungsgrundsätze im Hinblick auf alle Interessensgruppen angewendet. Nichtdiskriminierung und Chancengleichheit werden ausdrücklich in den Einstellungs- und Beschäftigungs-Grundsätzen des Unternehmens erwähnt (gleich ob schriftlich mündlich oder als Verhaltens-Kodex) und ausreichende Mittel zur Umsetzung und Evaluation sind vorhanden.	Im Rahmen der öffentlichen Beschaffung von Lebensmitteln wird für die Zulieferkette strenge Gleichberechtigungs- und Antidiskriminierungsgrundsätze in Hinblick auf alle Interessensgruppen angewendet.
Gleichstellung der Geschlechter	Es gibt kein Geschlechtergefälle bei Anstellung, Vergütung, Zugang zu Ressourcen, Ausbildung und Karrierechancen.	Im Rahmen der öffentlichen Beschaffung von Lebensmitteln werden keine Geschlechtergefälle bei Anstellung, Vergütung, Zugang zu Ressourcen, Ausbildung und Karrierechancen toleriert.
Förderung benachteiligter Personengruppen	Besonders schutzbedürftige Gruppen wie junge oder ältere Mitarbeitende, Frauen, Menschen mit Behinderung, Minderheiten und sozial Benachteiligte werden proaktiv unterstützt.	Die Stadt fördert für Menschen mit kleinem oder keinem geregelten Einkommen innerhalb ihres Einflussbereichs die gesunde Ernährung durch Essensabgabe und Wissensvermittlung.

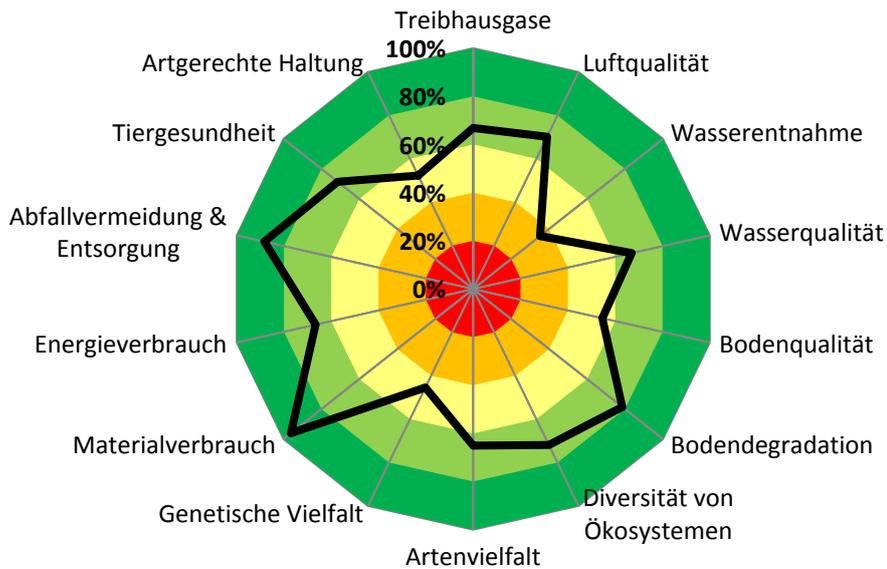
Unterthema DE	Unterthema Ziel DE	Unterthema Ziel DE - SAFA Urban Tool
Arbeitssicherheit und Gesundheitsversorgung	Das Unternehmen stellt sicher, dass der Arbeitsort sicher ist, alle entsprechenden Vorschriften erfüllt und sich zufriedenstellend an menschlichen Bedürfnissen ausrichtet, was die Bereitstellung sanitärer Anlagen, eines sichere und ergonomischen Arbeitsumfeldes, sauberen Wassers, gesunder Ernährung und sauberer Unterkünfte (sofern angeboten) betrifft.	Die Stadt stellt in ihrem direkten Einflussbereich sicher, dass Angestellte im Ernährungssektor (inkl. regionale Produzenten) über einen sicheren Arbeitsort verfügen und alle entsprechenden Vorschriften erfüllt sind.
Öffentliche Gesundheit	Das Unternehmen sorgt dafür, dass seine Geschäftstätigkeiten nicht die gesunde und sichere Lebensweise lokaler Gemeinschaften beeinträchtigen, und trägt zur öffentlichen Gesundheitsversorgung bei.	Das städtische Ernährungssystem fördert eine gesunde Ernährung.
Indigenes Wissen	Traditionelles und kulturelles Wissen wird als geistiges Eigentum geschützt und anerkannt.	Die Stadt stellt im Rahmen ihrer politischen Einflussmöglichkeiten den Schutz und die Anerkennung von traditionellem und kulturellem Wissen als geistiges Eigentum sicher.
Ernährungssouveränität	Das Unternehmen trägt dazu bei und profitiert davon, dass Wahlfreiheit und Eigentumsrechte in Bezug auf Produktionsmittel ausgeübt werden können, insbesondere bei der Erhaltung und Nutzung traditioneller, alter und lokal angepasster Sorten oder Rassen.	Die Stadt fördert urbane Gärten zur Lebensmittelproduktion.
Zivilgesellschaftliche Initiativen (nicht SAFA)		Die Stadt fördert zivilgesellschaftliche Initiativen im Bereich Ernährung.

Anhang B SAFA-Nachhaltigkeitspolygone

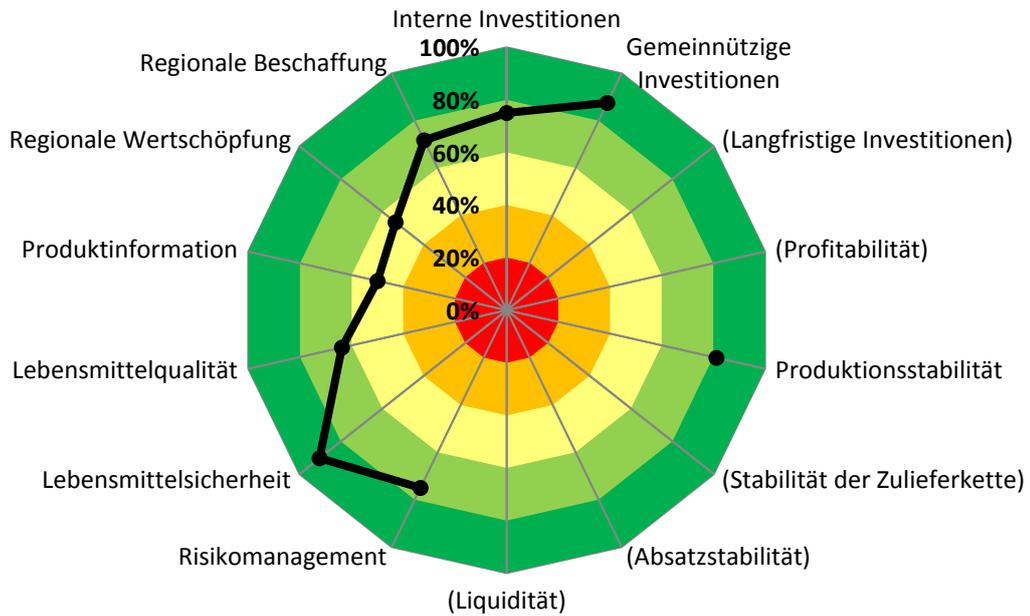
Gute Regierungsführung



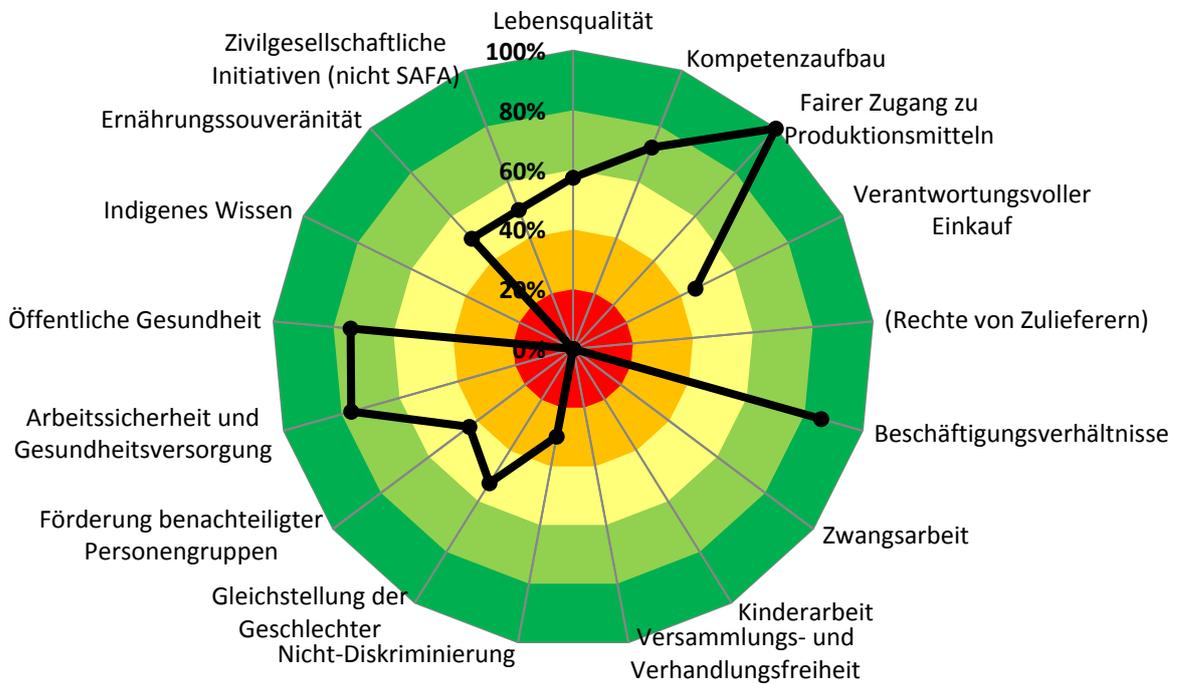
Ökologische Integrität



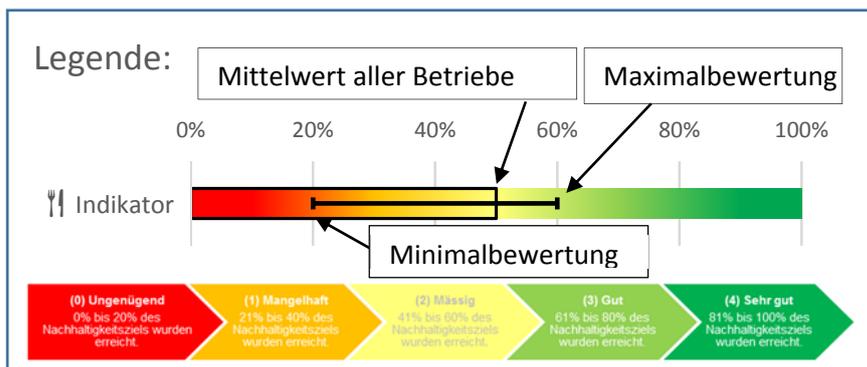
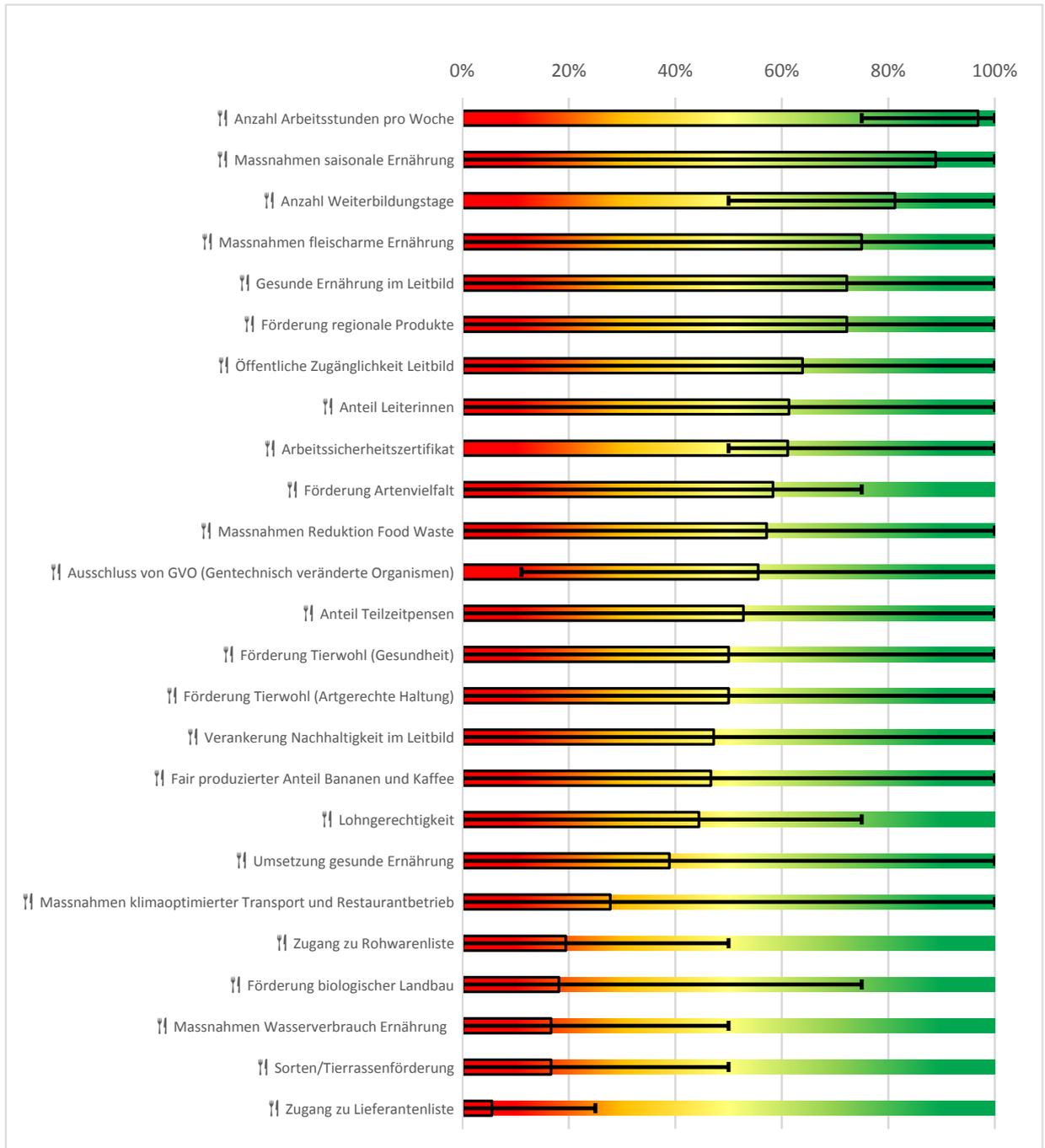
Ökonomische Resilienz



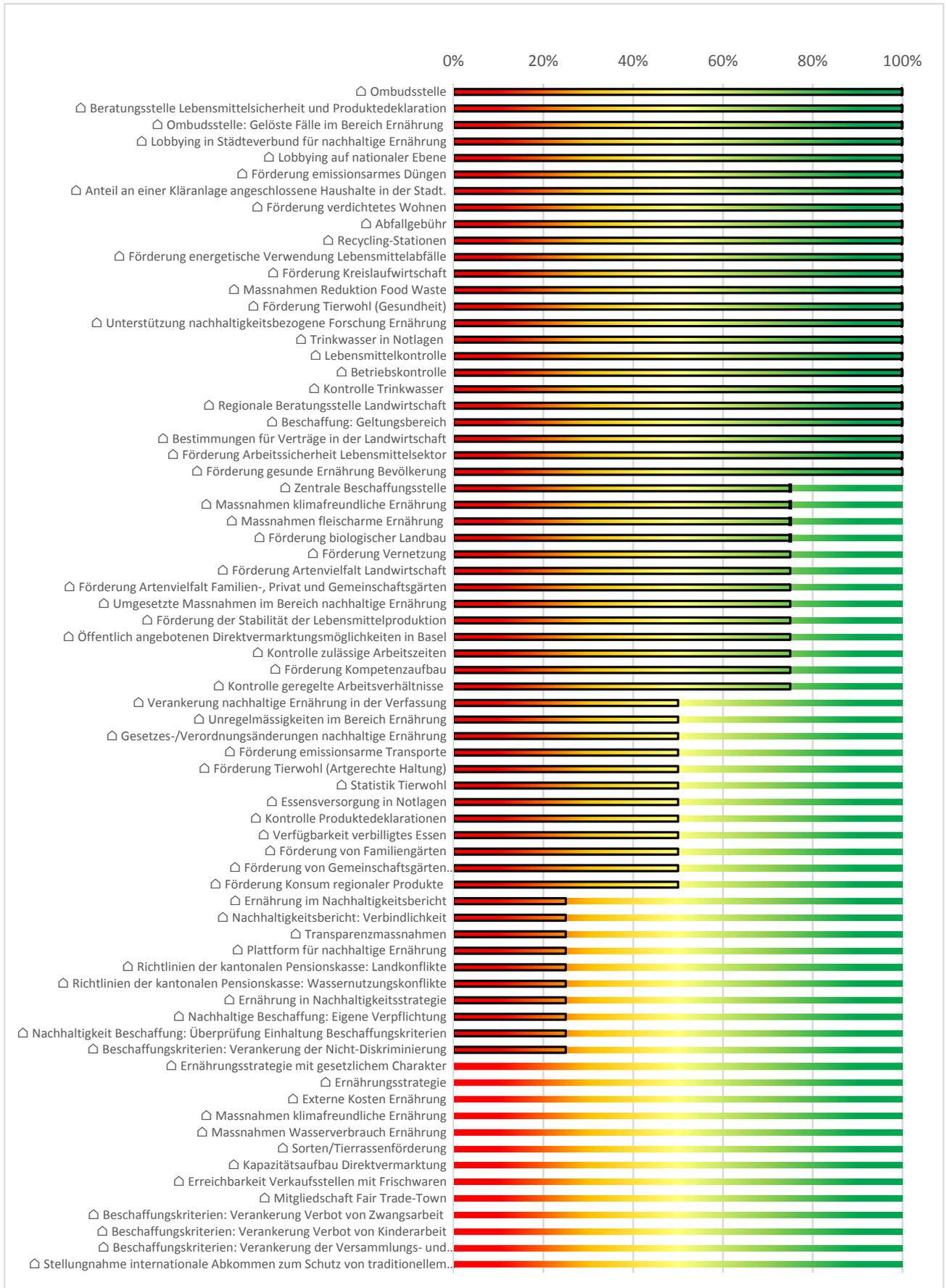
Soziales Wohlergehen



Anhang C Indikatoren Verpflegungseinrichtungen



Anhang D Indikatoren Verwaltung/Politik



Anhang E Indikatorenliste mit Beschreibung und Bewertungsbegründungen

<i>Öffentliche Verpflegungseinrichtungen:</i> Verankerung Nachhaltigkeit im Leitbild	Nachhaltigkeit wird im Leitbild der öffentlichen Verpflegungseinrichtungen erwähnt.	Aspekte der Nachhaltigkeit werden in allen Leitbildern der untersuchten Verpflegungseinrichtungen tangiert. Dabei spiegeln sich oftmals ein bis zwei Nachhaltigkeitsdimensionen in den Grundsätzen -oftmals die Sozial- und/oder Wirtschaftsdimension. Soziale Aspekte ausserhalb der Unternehmensgrenzen oder ökologische Aspekte werden seltener erwähnt. In wenigen Fällen existiert kein Leitbild.	47%	Unternehmensleitlinien (3)
<i>Verwaltung/Politik:</i> Verankerung nachhaltige Ernährung in der Verfassung	Nachhaltige Ernährung wird in der Verfassung erwähnt.	Ernährung wird nicht direkt erwähnt (via Gesundheit indirekt). Eine konkrete Erwähnung nachhaltiger Ernährung in der Verfassung würde eine gute Grundlage für departements- und politikenübergreifende Zusammenarbeit bieten.	50%	Unternehmensleitlinien (2)
<i>Verwaltung/Politik: Zentrale Beschaffungsstelle</i>	Eine zentrale Beschaffungsstelle sorgt für das Qualitätsmanagement in der Beschaffung der Verwaltung. Diese ist auch bei langfristigen Verträgen mit den Betreibern von öffentlichen Verpflegungseinrichtungen und Zulieferern von Nahrungsmitteln für die Verwaltung involviert.	Bis Ende 2015 war für Beschaffungsverfahren das jeweilige Department zuständig. Neu begleitet die Kantonale Fachstelle für öffentliche Beschaffung ab einem Schwellenwert von 250'000 CHF (bei Dienstleistungsaufträgen) auch die Beschaffung für andere Departemente neben dem Bau- und Verkehrsdepartement. So könnte z.B. die Ausschreibung von Catering-Services an Schulen (sofern der Schwellenwert überschritten wird) in Zukunft professionell begleitet werden. Erweiterte Kompetenzen für Kontrollen und Interventionen sind für die neu geschaffene Fachstelle in der entsprechenden Verordnung nicht explizit vorgesehen.	75%	Sorgfaltspflicht (2), Transparenz (1)
<i>Verwaltung/Politik: Ernährung im Nachhaltigkeitsbericht</i>	Ernährung wird im Nachhaltigkeitsbericht der Verwaltung explizit erwähnt.	Ernährung wird im Nachhaltigkeitsbericht des Kantons Basel-Stadt im Zusammenhang mit Bodenversiegelung und Gesundheit thematisiert. Dabei wird die soziale Dimension des urbanen Ernährungssystems direkt nicht berücksichtigt. Siehe auch Kapitel "5.2.3 Nachhaltigkeitsbericht 2013" im Teilbericht Politikenanalyse.	25%	Ganzheitliche Audits (3), Transparenz (2), Dialog mit Interessensgruppen (1)
<i>Verwaltung/Politik: Nachhaltigkeitsbericht: Verbindlichkeit</i>	Erwähnung von Indikatoren und Zielen im Bereich Ernährung im Nachhaltigkeitsbericht der Verwaltung.	Im Nachhaltigkeitsbericht sind keine konkreten Indikatoren und Ziele im Bereich der nachhaltigen Ernährung aufgeführt. Zwar wird beim Indikator 'Gesundheitszustand' der Anteil übergewichtiger Bewohner ausgewiesen. Der Indikator ist jedoch aggregiert, um die Erreichung der übergeordneten regierungsrätlichen Nachhaltigkeitsziele zu messen. Vereinzelt sind Indikatoren in anderen Publikationen, wie dem Gesundheitsbericht 2014, erwähnt.	25%	Ganzheitliche Audits (3), Verantwortung (3), Transparenz (2), Dialog mit Interessensgruppen (1)
<i>Öffentliche Verpflegungseinrichtungen: Öffentliche Zugänglichkeit Leitbild</i>	Öffentliche Zugänglichkeit Leitbilder der öffentlichen Verpflegungseinrichtungen	Die Mehrheit der untersuchten Verpflegungseinrichtungen veröffentlicht ein Leitbild oder ein entsprechendes Dokument. In wenigen Fällen existiert kein Leitbild.	64%	Transparenz (3), Dialog mit Interessensgruppen (1)
<i>Öffentliche Verpflegungseinrichtungen: Zugang zu Lieferantenliste</i>	Die städtischen Verpflegungseinrichtungen publizieren eine aktuelle Liste mit Lieferanten für die Verpflegungseinrichtungen.	Keine der untersuchten Verpflegungseinrichtungen veröffentlicht die Lieferantenliste. Vereinzelt können Hinweise auf Lieferanten dem entsprechenden Webauftritt entnommen werden.	6%	Transparenz (1), Dialog mit Interessensgruppen (1)
<i>Öffentliche Verpflegungseinrichtungen: Zugang zu Rohwarenliste</i>	Die öffentlichen Verpflegungseinrichtungen weisen die Herkünfte der in den Verpflegungseinrichtungen verwendeten Rohwaren aus.	Keine der untersuchten Verpflegungseinrichtungen veröffentlicht eine vollständige Rohwarenliste mit Herkünften und Zertifikaten/Labels. Mehrere Anbieter gehen jedoch über das noch geltende gesetzliche Minimum der Herkunftsdeklaration für Fleisch hinaus indem sie auch die Herkunft von Fischerzeugnissen deklarieren.	19%	Transparenz (2,5), Dialog mit Interessensgruppen (1)

<i>Verwaltung/Politik:</i> Transparenzmassnahmen	Die Verwaltung macht Folgendes öffentlich verfügbar: - Gesetze, welche Ernährung tangieren - Ausgaben für Initiativen/Institutionen im Bereich Ernährung - Informationen zu Aktivitäten im Bereich Bildung / Information im Bereich Ernährung	Der Kanton Basel-Stadt veröffentlicht die vollständige Gesetzestextsammlung auf seiner Webpage (inkl. Gemeinderecht). Diese ist nach thematischen Bereichen gegliedert und daher relativ leicht zu erschliessen. Verträge mit Verpflegungsdienstleistern an öffentlichen Institutionen werden nicht veröffentlicht. Jedoch werden Zahlungen an Gassenküchen in der Jahresrechnung separat ausgewiesen. Grundsätzlich wird über Aktivitäten im Bereich Ernährung (Bildung, Informationskampagnen etc.) nicht zentral informiert.	25%	Transparenz (3), Dialog mit Interessensgruppen (2), Konfliktlösung (1)
<i>Verwaltung/Politik: Plattform für nachhaltige Ernährung</i>	Die Verwaltung involviert verschiedene, verwaltungsexterne Akteure im Ernährungssystem in regelmässigen Treffen um Fragen/Entscheidungen in Bezug auf nachhaltige Ernährung zu diskutieren ("Food Policy Council").	Der Kanton Basel-Stadt involviert im Bereich nachhaltige Ernährung verschiedene Akteure je nach Projekt. Eine eigentliche Plattform für die Involvierung verwaltungsexterner Akteure im Bereich nachhaltige Ernährung ("Food Policy Council") existiert nicht. Eine solche Plattform ist in mehreren Städten etabliert und fördert den Austausch zwischen verschiedenen Akteuren, erleichtert die strategische Ausrichtung im Bereich nachhaltige Ernährung und vernetzt verschiedene Initiativen auf allen Ebenen.	25%	Transparenz (1), Dialog mit Interessensgruppen (3), Beschwerdemechanismen (1), Konfliktlösung (2)
<i>Verwaltung/Politik: Ombudsstelle</i>	Die Verwaltung verfügt über eine Ombudsstelle, welche zwischen Verwaltung und geschädigten Personen vermittelt.	Der Kanton Basel-Stadt verfügt über eine Ombudsstelle. Die Ombudsstelle hilft "dem Einzelnen im Verkehr und namentlich bei der Wahrung seiner Rechte und Interessen gegenüber der Verwaltung" (SG 152.900). Für die Beauftragte für das Beschwerdewesen gilt Gemeinhaltungspflicht. Die Ombudsstelle ist dem Büro des Grossen Rats zugeordnet, was die Unabhängigkeit gegenüber der Verwaltung garantiert. Die Ombudsstelle kann somit u.A. die Akteure im Lebensmittelbereich (Restaurantbetreiber etc.) bei der Wahrung ihrer Rechte gegenüber der Verwaltung unterstützen.	100%	Beschwerdemechanismen (2)
<i>Verwaltung/Politik: Beratungsstelle Lebensmittelsicherheit und Produktedeklaration</i>	Die Verwaltung verfügt über eine Beratungsstelle, welche Konsumenten bei Beschwerden rund um die Lebensmittelsicherheit und Produktedeklaration berät.	Der Kanton Basel-Stadt verfügt mit dem kantonalen Labor über eine Anlaufstelle für Konsumenten, welche Produktmängel melden wollen. Die Meldung erfolgt auf einfache Weise per Online-Formular.	100%	Beschwerdemechanismen (2)
<i>Verwaltung/Politik: Ombudsstelle: Gelöste Fälle im Bereich Ernährung</i>	Die Ombudsstelle kann anhand von Beispielen belegen, dass ein Teil der behandelten Fälle im Bereich Ernährung (Produktion, Handel etc.) erfolgreich für die geschädigten Interessensgruppen zum Abschluss gebracht wurden.	Die Ombudsstelle konnte in der Vergangenheit erfolgreich zwischen Akteuren des Ernährungssystems und der Verwaltung vermitteln.	100%	Konfliktlösung (1)
<i>Verwaltung/Politik: Unregelmässigkeiten im Bereich Ernährung</i>	Auftreten von Unregelmässigkeiten im Bereich Ernährung in den letzten 5 Jahren. - Direktzahlungen an Produzenten nicht ausbezahlt. - Lebensmittelsicherheitskontrollen nachweislich vernachlässigt - Ungenügende Sicherstellung der Trinkwasserversorgung - Vertragsabschlüsse mit den Betreibern öffentlicher Mensen	Die Geschäftsprüfungskommission konnte in ihren Berichten (2010-2014) keine Unregelmässigkeiten bezüglich Ernährung (z.B. Ernährungssicherheit, Submissionen etc.) feststellen. Einzig bei der Trinkwasserversorgung wurden im Jahr 2010 Mängel bei der Abklärung von Verschmutzungsrisiken festgestellt.	50%	Sorgfaltspflicht (1), Rechtmässigkeit (3)

<i>Verwaltung/Politik: Gesetzes-/Verordnungsänderungen nachhaltige Ernährung</i>	Gesetzes-/Verordnungsänderungen im letzten Jahr, welche zu Verbesserungen in Bezug auf nachhaltige Ernährung geführt haben.	Untersucht wurde, welche Gesetze, Verordnungen und Regierungsratsbeschlüsse im Jahr 2015 in Kraft traten beziehungsweise eine Änderung beschlossen wurde. Bei Gesetzesänderungen wurde dabei zusätzlich geprüft, ob diese aufgrund übergeordneter Gesetze (z.B. Bundesgesetz) vorgenommen wurden. Direkte Auswirkungen auf die nachhaltige Ernährung konnten bei der Analyse nicht festgestellt werden. Jedoch wurde die Verordnung zum Gesetz über öffentliche Beschaffung (Beschaffungsverordnung, VöB) angepasst, sodass in Zukunft eine Kantonale Fachstelle für öffentliche Beschaffungen allen Departementen für Beschaffungen mit grösseren Volumina zur Verfügung steht. Diese sollte zu einer einheitlicheren Praxis von Beschaffungen im Bereich öffentliche Verpflegung führen.	50%	Gesellschaftspolitische Verantwortung (1)
<i>Verwaltung/Politik: Lobbying in Städteverbund für nachhaltige Ernährung</i>	Die Stadt ist Mitglied in einem Städteverbund bzw. -netzwerks, welcher sich auf politischer Ebene für Verbesserungen im Sozial- und Umweltbereich in Bezug auf die Ernährung einsetzt.	Basel ist Mitglied des Schweizerischen Städteverbands und des Städtenetzwerks ICLEI - Local Governments for Sustainability. Der Schweizerische Städteverband setzte sich im Rahmen der Revision des Beschaffungsrechts des Bundes BöB 2015 für verbindlichere Sozialkriterien bei der öffentlichen Beschaffung ein. Das ICLEI- Netzwerk setzt sich ebenfalls für nachhaltige Beschaffung ein und lobbyiert in dieser Angelegenheit auf EU-Ebene. Der Schweizerische Städteverband war im Januar 2016 Partner des Forums "Nachhaltige Entwicklung 2016 - In Richtung einer nachhaltigen Ernährung".	100%	Gesellschaftspolitische Verantwortung (2)
<i>Verwaltung/Politik: Lobbying auf nationaler Ebene</i>	Einsatz der Stadt im letzten Jahr für Verbesserung im Bereich der nachhaltigen Ernährung (Soziales, Umwelt) im Rahmen von wichtigen Gesetzesänderungen auf nationaler Ebene.	Der Kanton Basel-Stadt hat sich 2015 im Sinne der Artenerhaltung für eine Verschärfung der Kontrollen von importierten Fischereierzeugnissen (Vernehmlassung Verordnung über die Kontrolle der rechtmässigen Herkunft von importierten Fischereierzeugnissen) eingesetzt. Auch im Rahmen der Revision der Tierschutzverordnung befürwortete der Kanton Basel-Stadt die neuen Regelungen zur Verbesserung des Tierwohls. Ebenfalls unterstützt wurde der Gegenentwurf des Bundesrates zur Volkinitiative "Für Ernährungssicherheit". Ersterer will die Prinzipien Nachhaltigkeit und Ressourcenschonung im Zusammenhang mit Lebensmitteln in die Verfassung aufnehmen.	100%	Gesellschaftspolitische Verantwortung (2)
<i>Verwaltung/Politik: Richtlinien der kantonalen Pensionskasse: Landkonflikte</i>	Die städtische Pensionskasse richtet ihre Investitionen nach Richtlinien zur Vermeidung von Ressourcen-Konflikten (insbesondere Landkonflikte) aus.	Die Pensionskasse Basel-Stadt führt im Anlagereglement auf, dass bei Anlagen soziale und ökologische Aspekte angemessen berücksichtigt werden sollen. Landkonflikte werden nicht explizit erwähnt.	25%	Sorgfaltspflicht (2), Gesellschaftspolitische Verantwortung (1), Ressourcenbeschaffung (1,5)
<i>Verwaltung/Politik: Richtlinien der kantonalen Pensionskasse: Wassernutzungskonflikte</i>	Die städtische Pensionskasse richtet ihre Investitionen nach Richtlinien zur Vermeidung von Ressourcen-Konflikten (insbesondere Wassernutzungskonflikte) aus.	Die Pensionskasse Basel-Stadt führt im Anlagereglement auf, dass bei Anlagen soziale und ökologische Aspekte angemessen berücksichtigt werden sollen. Wassernutzungskonflikte werden nicht explizit erwähnt.	25%	Sorgfaltspflicht (2), Gesellschaftspolitische Verantwortung (1), Ressourcenbeschaffung (1,5)
<i>Verwaltung/Politik: Ernährungsstrategie mit gesetzlichem Charakter</i>	Die Ernährungsstrategie findet Eingang in Verordnungen, Gesetze etc.	Der Kanton Basel-Stadt verfügt über keine Ernährungsstrategie.	0%	Rechtmässigkeit (1), Nachhaltigkeitsplanung (3)

Verwaltung/Politik: Ernährung in Nachhaltigkeitsstrategie	Erwähnung einer nachhaltigen Ernährung in Nachhaltigkeitsstrategie der Stadt.	Die Nachhaltigkeitsstrategie 2001 des Kantons BS fordert die Bekämpfung der weltweiten Unterernährung mittels Forschung und die Förderung von Produktedeclarationen, welche den Konsumenten nachhaltige Kaufentscheidung ermöglichen sollen. Weiter bekennt sich der Kanton Basel-Stadt indirekt (mittels Verweis auf den Bund) zu einer ausgewogenen, saisonalen Ernährung und einer nachhaltigen Landwirtschaft. Ein klares und direktes Bekenntnis zur Ernährung als zentrales Element der nachhaltigen Entwicklung fehlt.	25%	Unternehmensleitlinien (2), Nachhaltigkeitsplanung (3)
Verwaltung/Politik: Ernährungsstrategie	Die Stadt verfügt über eine eigene Ernährungsstrategie.	Der Kanton Basel-Stadt verfügt über keine Ernährungsstrategie.	0%	Unternehmensleitlinien (2), Nachhaltigkeitsplanung (2)
Verwaltung/Politik: Externe Kosten Ernährung	Die Stadt lässt die externen Kosten des städtischen Lebensmittel-Konsums schätzen. Die Studie identifiziert dabei Haupttreiber von externen Kosten.	Der Kanton Basel-Stadt hat bis anhin keine Schätzung der durch den städtischen Lebensmittel-Konsum verursachten externen Kosten (z.B. durch Umweltverschmutzung) vorgenommen.	0%	Sorgfaltspflicht (2), Verantwortung (2), Berücksichtigung externer Kosten (3)
Öffentliche Verpflegungseinrichtungen: Massnahmen saisonale Ernährung	Die öffentlichen Verpflegungseinrichtungen setzen Massnahmen in Bezug auf saisonale Ernährung um.	Acht der neun untersuchten Verpflegungseinrichtungen achten laut eigenen Angaben beim Einkauf auf Saisonalität. Dies ist neben der Reduktion der tierischen Produkte ein Hauptfaktor für die Reduktion des Ausstosses von Treibhausgasen.	89%	Treibhausgase (3), Luftqualität (2), Energieverbrauch (2), Regionale Beschaffung (1)
Öffentliche Verpflegungseinrichtungen: Massnahmen klimaoptimierter Transport und Restaurantbetrieb	Die öffentlichen Verpflegungseinrichtungen setzen Massnahmen in Bezug auf den klimaoptimierten Transport und Restaurantbetrieb um.	Betriebliche Optimierungen und klimaschonende Transporte (wie z.B. Verzicht auf Flugtransporte) wurden von den neun untersuchten Verpflegungseinrichtungen nur in drei Fällen als Massnahme zur Reduktion der Treibhausgase erwähnt. Bei einer Verpflegungseinrichtung wird bewusst auf Flugwaren verzichtet, eine weitere reduziert die Anzahl an Lieferanten. Bei einer Verpflegungseinrichtung sind Solarpanels auf dem Dach installiert.	28%	Treibhausgase (2), Luftqualität (1), Energieverbrauch (1)
Verwaltung/Politik: Massnahmen klimafreundliche Ernährung	Die Stadt setzt Massnahmen (z.B. Sensibilisierung der Öffentlichkeit, Ausschreibungskriterien für Verpflegungseinrichtungen etc.) in Bezug auf saisonale Ernährung um.	Der Kanton Basel-Stadt unterstützt das Beratungsangebot Fourchette verte - Ama terra (ehemals "schnitz und drunder"). Er trägt für interessierte Verpflegungseinrichtungen die Beratungskosten. Das Programm Fourchette verte - Ama terra beinhaltet den saisongerechten Einkauf von Lebensmitteln. Mittlerweile sind rund 25 Kinderkrippen, Mittagstische bzw. Tagesstrukturen mit dem Label Fourchette verte - Ama terra ausgezeichnet. Weitere 8 Betriebe lassen sich beraten. Über den Blog aufgeschmeckt.ch setzt sich das Gesundheitsdepartement Basel-Stadt zudem für saisonalen Einkauf ein. Auch in der Seniorenzeitschrift Bälance zum Thema ausgewogene Ernährung wird der saisonale Einkauf thematisiert. Zudem hält das Handbuch Tagesstrukturen BS fest, dass bei der Verpflegung der Schüler in den Tagesstrukturen die Saisonalität berücksichtigt werden sollt. Auch die im Jahr 2014/2015 durchgeführte Ausschreibung für Verpflegung im Rahmen der städtischer Tagesstrukturen (Primarstufe) enthält -indirekt über das Zuschlagskriterium Produktequalität- Vorgaben zur saisonalen Menuplanung: Mindestens 25% der Nahrungsmittel sollen saisonal und regional eingekauft werden.	75%	Treibhausgase (3), Luftqualität (2), Energieverbrauch (2), Regionale Beschaffung (1)
Verwaltung/Politik: Massnahmen klimafreundliche Ernährung	Die Stadt setzt Massnahmen (z.B. Ausschreibungskriterien für Verpflegungseinrichtungen etc.) in Bezug auf klimaoptimierten Transport und betriebliche Optimierungen in den Verpflegungsreinrichtungen um.	Es sind keine Massnahmen bekannt, mit welchen der Kanton Basel-Stadt im Bereich Lebensmitteltransport bzw. mittels betrieblicher Optimierung in den Verpflegungseinrichtungen den Ausstoss von Treibhausgasen zu senken anstrebt.	0%	Treibhausgase (2), Luftqualität (1), Energieverbrauch (1)

<i>Öffentliche Verpflegungseinrichtungen:</i> Massnahmen fleischarme Ernährung	Die öffentlichen Verpflegungseinrichtungen setzen Massnahmen (z.B. Vegi-Menu an Verpflegungseinrichtungen) in Bezug auf Ernährung mit reduziertem Fleischkonsum um.	Abgesehen von einer Ausnahme gibt es bei allen untersuchten öffentlichen Verpflegungseinrichtungen täglich eine vollwertige vegetarische Alternative. In einigen Fällen gibt es mindestens ein Vegi-Tag pro Woche. Zusätzlich werden den Köchen vereinzelt spezifische Weiterbildungen im Bereich der vegetarischen/veganen Küche angeboten.	75%	Treibhausgase (3), Luftqualität (2), Wasserentnahme (1), Energieverbrauch (1), Tiergesundheit (1), Artgerechte Haltung (1)
<i>Verwaltung/Politik:</i> Massnahmen fleischarme Ernährung	Die Stadt setzt Massnahmen (z.B. öffentliche Sensibilisierung) in Bezug auf Ernährung mit reduziertem Fleischkonsum um.	Das Handbuch Tagesstrukturen BS hält fest, dass bei der Verpflegung der Schüler in den Tagesstrukturen höchstens zweimal die Woche Fleisch und Fisch angeboten werden soll. Zudem wird in der Seniorenzeitschrift Bâalance zum Thema ausgewogene Ernährung fleischarme Ernährung erwähnt. Die im Jahr 2014/2015 durchgeführte Ausschreibung für Verpflegung im Rahmen der städtischer Tagesstrukturen (Primarstufe) enthält -indirekt über das Zuschlagskriterium Produktequalität- Vorgaben zur fleischarmen Menüplanung: Pro Woche soll lediglich an zwei Tagen Fleisch/Fisch angeboten werden.	75%	Treibhausgase (3), Luftqualität (2), Energieverbrauch (1), Tiergesundheit (1), Artgerechte Haltung (1)
<i>Verwaltung/Politik: Förderung</i> emissionsarme Transporte	Die städtische Politik fördert Transportfahrzeuge mit Partikelfiltern und hoher Euro-Norm.	Ja, bei Lieferwagen mit Euro5-Abgasnorm und besser wird ein Rabatt auf die Motorfahrzeugsteuer gewährt. Der Unterschied in der schwersten Lieferwagenklasse beträgt 42% zwischen den Steuern der schlechtesten und besten Emissionskategorie (Basis: Schlechteste Emissionskategorie).	50%	Treibhausgase (1), Luftqualität (3), Energieverbrauch (1)
<i>Verwaltung/Politik: Förderung</i> emissionsarmes Düngen	Die Verwaltung unterstützt die Landwirte bei der Verhinderung von luftverschmutzenden Emissionen beim Düngen (z.B. mittels Schleppschlauch).	Der Kanton Basel-Stadt unterstützte in der Vergangenheit die Ausbringung von Gülle mit Schleppschläuchen. Mit der Agrarpolitik 14-17 werden die Beiträge neu auf Bundesebene geregelt. Der Kanton unterstützt aber weiterhin das Abdecken von Güllegruben mit finanziellen Beiträgen.	100%	Treibhausgase (2), Luftqualität (3)
<i>Öffentliche Verpflegungseinrichtungen:</i> Massnahmen Wasserverbrauch Ernährung	Massnahmen in öffentlichen Verpflegungseinrichtungen, um den ernährungsbedingten Wasserverbrauch zu reduzieren (z. B. Berechnung Wasserfussabdruck der Menus etc.)	Die Mehrheit der untersuchten öffentlichen Verpflegungseinrichtungen ergreift keine spezifischen Massnahmen, um den ernährungsbedingten Wasserverbrauch zu senken. Einzelne Einrichtungen haben im betrieblichen Bereich Massnahmen umgesetzt, welche das Wassersparen fördern. Beim Einkauf wird der potentielle Wasserbrauch des Warenkorbs, insbesondere bei Rohwaren aus ariden Regionen, nicht explizit berücksichtigt. Durch regionalen und saisonalen Einkauf werden jedoch bereits heute indirekt Massnahmen ergriffen.	17%	Wasserentnahme (3)
<i>Verwaltung/Politik:</i> Massnahmen Wasserverbrauch Ernährung	Massnahmen der Stadt, um den ernährungsbedingten Wasserverbrauch zu reduzieren (z.B. Förderung Wasserverbrauchsberechnungen Privatwirtschaft etc.)	Es sind keine Massnahmen des Kantons Basel-Stadt bekannt, den ernährungsbedingten Wasserverbrauch zu senken.	0%	Wasserentnahme (2)
<i>Verwaltung/Politik: Anteil an</i> einer Kläranlage angeschlossene Haushalte in der Stadt.	Anteil an eine Kläranlage angeschlossene Haushalte in der Stadt.	Im Kanton Basel-Stadt wird das gesamte kommunale Abwasser in einer zentralen Kläranlage gereinigt. Kleinkläranlagen gibt es keine. Ein Grossteil der Stadtfläche wird im Mischsystem entwässert (Schmutzwasser und Oberflächenabfluss). Dies führt potentiell zu Überlastung der Kläranlage bei Starkregenereignissen. Durch den Bau eines Mischwasserrückhaltebeckens wurde die Situation 2005 teilweise entschärft. Auf einem grossen Teil des Stadtgebiets gilt zusätzlich auch die vom Bund vorgegebene Pflicht zur Versickerung von Oberflächenabfluss.	100%	Wasserqualität (3), Diversität von Ökosystemen (1), Artenvielfalt (1), Öffentliche Gesundheit (2)

<p>Öffentliche Verpflegungseinrichtungen: Förderung biologischer Landbau</p>	<p>Die öffentlichen Verpflegungseinrichtungen fördern mittels ihrem Angebot den biologischen Landbau.</p>	<p>Rund die Hälfte der untersuchten Verpflegungseinrichtungen kauft vereinzelt Bioproducte bzw. -rohwaren ein. In keinem der untersuchten Betriebe wird annähernd 100% Biowaren eingesetzt.</p>	<p>18%</p>	<p>Wasserqualität (3), Bodenqualität (3), Bodendegradation (1), Diversität von Ökosystemen (1), Artenvielfalt (3), Genetische Vielfalt (1), Energieverbrauch (2), Artgerechte Haltung (3), Lebensmittelsicherheit (1), Lebensmittelqualität (1,5), Öffentliche Gesundheit (1)</p>
<p>Verwaltung/Politik: Förderung biologischer Landbau</p>	<p>Die Verwaltung fördert den ökologischen Landbau mittels: - Entsprechenden Angeboten in öffentlichen Verpflegungseinrichtungen -Förderung biologischer Landwirte (rein kantonale Initiativen) -Förderung schonende Bodenbearbeitung (rein kantonale Initiativen) -Mittels Bildungsinitiativen</p>	<p>Der Kanton Basel-Stadt-Stadt fördert in seinen Verpflegungseinrichtungen nicht explizit das Angebot von Mahlzeiten aus biologischen Zutaten. Im Bereich der Landwirtschaft fördert der Kanton Basel-Stadt den Biolandbau in verschiedener Hinsicht: Am landwirtschaftlichen Zentrum Ebenrain wird bei der dreijährigen Ausbildung zum Landwirt eine Spezialrichtung Biolandbau angeboten. Der eigene Gutsbetrieb wird seit langem (1971) biologisch bewirtschaftet und dient neben der Lehre auch der Öffentlichkeitsarbeit. Zusätzlich werden Landwirte bei Bedarf bei der Umstellung auf Biolandbau finanziell unterstützt. Schonende Bodenbearbeitung im Speziellen wird durch den Kanton nicht zusätzlich unterstützt. Bei den Weiterbildungen und Kursen 2015/2016 wird der biologische Landbau nur indirekt tangiert.</p>	<p>75%</p>	<p>Wasserqualität (3), Bodenqualität (3), Bodendegradation (1), Diversität von Ökosystemen (1), Artenvielfalt (3), Genetische Vielfalt (1), Energieverbrauch (2), Artgerechte Haltung (3), Gemeinnützige Investitionen (1), Lebensmittelsicherheit (1), Lebensmittelqualität (1,5), Öffentliche Gesundheit (1)</p>
<p>Verwaltung/Politik: Förderung verdichtetes Wohnen</p>	<p>Die Verwaltung fördert das verdichtete Wohnen um die Versiegelung von landwirtschaftlichen Flächen zu minimieren (mittels Raumplanung oder Richtlinien in Bezug auf städtische bzw.. subventionierte Liegenschaften)</p>	<p>Der Richtplan des Kantons Basel-Stadt definiert die Verdichtung in geeigneten Gebieten als strategische Teilziel. Eine weitere Inanspruchnahme von Freiflächen am Stadtrand soll eingedämmt werden. Diese Strategie schlägt sich beispielsweise in der kantonale Verordnung über die Wohnraumförderung nieder, welche Fördermassnahmen für gemeinnützige Wohnbauträger von der Belegungsdichte der Objekte abhängig (höchstens ein Zimmer mehr als Bewohner) macht. Mit der Ausstellung „Dichte“ im Jahr 2015 wurde die Bevölkerung auf die Verdichtungsthematik sensibilisiert.</p>	<p>100%</p>	<p>Bodendegradation (3)</p>
<p>Verwaltung/Politik: Förderung Vernetzung</p>	<p>Die Verwaltung fördert aktiv ökologische Ausgleichsflächen in der Landwirtschaft und deren Vernetzung.</p>	<p>Die Biodiversitätsmassnahmen werden mehrheitlich durch die Agrarpolitik 14/17 des Bundes bestimmt. Die Kantone Basel-Stadt und Basel Landschaft gehen jedoch über Direktzahlungsverordnung (DZV) hinaus indem sie auch nicht DZV-berechtigten Bewirtschaftern (über 65-jährige und Vereine) ebenfalls Biodiversitätsbeiträge zahlen. Zudem sind gewisse Anforderungen für die Beitragsausrichtung im Sinne der Biodiversität strenger als beim Bund formuliert Der Kanton Basel-Stadt-Stadt liess 2014 selbst ein Vernetzungskonzept erstellen. Dieses lehnt sich an das Konzept des Kantons Basel-Landschaft an.</p>	<p>75%</p>	<p>Diversität von Ökosystemen (3), Artenvielfalt (2)</p>

<i>Öffentliche Verpflegungseinrichtungen:</i> Förderung Artenvielfalt	Fördern die öffentlichen Verpflegungseinrichtungen die Artenvielfalt? z.B. mittels Richtlinien in Bezug auf Wildfang öffentliche Verpflegungseinrichtungen (z.B. nur Einkauf aus nachhaltiger Fischerei)	Abgesehen von einer Ausnahme kaufen alle der untersuchten Verpflegungseinrichtungen entweder teilweise oder vollständig Wildfang-Fische mit Zertifizierung. Weitere Massnahmen beim Einkauf zur Erhaltung der Artenvielfalt wie z.B. das Beachten von Palmöl-Zertifizierungen beim Einkauf, wurden nicht genannt.	58%	Artenvielfalt (3)
<i>Verwaltung/Politik:</i> Förderung Artenvielfalt Landwirtschaft	Die Verwaltung fördert die Artenvielfalt in der Landwirtschaft.	Die Biodiversitätsmassnahmen - und förderbeiträge werden mehrheitlich durch die Agrarpolitik 14/17 des Bundes bestimmt. Die Kantone Basel-Stadt und Basel Landschaft gehen jedoch über Direktzahlungsverordnung (DZV) hinaus indem sie auch nicht DZV-berechtigten Bewirtschaftern (über 65-jährige und Vereine) ebenfalls Biodiversitätsbeiträge zahlen. Zudem sind gewisse Anforderungen für die Beitragsausrichtung im Sinne der Biodiversität strenger als beim Bund formuliert. Auch wurde ein floristisches und faunistisches Arten Monitoring auf allen beitragsberechtigten Flächen beschlossen.	75%	Artenvielfalt (3)
<i>Verwaltung/Politik:</i> Förderung Artenvielfalt Familien-, Privat und Gemeinschaftsgärten	Die Verwaltung fördert die Biodiversität in städtischen Familien- und Privatgärten (z.B. Pestizideinschränkungen in Familiengärten, Anreize für den Einsatz seltener Sorten/Arten [z.B. eigene Setzlingsproduktion], Projekte für Privatgärten und Gemeinschaftsgärten)	Im Jahr 2011 liess der Kanton Basel-Stadt die Artenvielfalt in Naturobjekten von nationaler, kantonaler und regionaler Bedeutung erfassen. Unter anderem wurden auch Artenerhebungen in Familiengärten vorgenommen. Zurzeit läuft ein Programm zur Förderung des Gartenrotschwanzes, inkl. einer Informationsbrochure für Gartenbewirtschafter. Für die Familiengärten ist eine biologische Bewirtschaftung vorgeschrieben. Eine entsprechende Gartenberatung wird nicht durchgeführt.	75%	Artenvielfalt (2)
<i>Öffentliche Verpflegungseinrichtungen:</i> Ausschluss von GVO (Gentechnisch veränderte Organismen)	Die öffentlichen Verpflegungseinrichtungen sorgen mittels Ausschlusskriterium bei ihren Lieferanten für eine GVO-freie Ernährung (inkl. Futtermittel).	Rund die Hälfte der untersuchten Verpflegungseinrichtungen schliessen gentechnisch veränderte Lebensmittel bzw. mit gentechnisch veränderten Futtermitteln produziertes Fleisch nicht explizit aus.	56%	Genetische Vielfalt (2)
<i>Öffentliche Verpflegungseinrichtungen:</i> Sorten/Tierrassenförderung	Beurteilung der Förderung lokaler bzw. seltenen Sorten/Tierrassen in öffentlichen Verpflegungseinrichtungen. Mögliche Massnahmen: - Einsatz seltener/lokaler Rassen/Sorten in öffentlichen Verpflegungseinrichtungen	Nur drei der untersuchten Verpflegungseinrichtungen kaufen zeitweise Zutaten, welche auf seltenen Rassen bzw. Sorten basieren, ein. Generell, werden aber zu hohe Kosten und zu kleine verfügbare Mengen als Hindernis für eine entsprechende Gestaltung des Warenkorbs angegeben.	17%	Genetische Vielfalt (1,5)
<i>Verwaltung/Politik:</i> Sorten/Tierrassenförderung	Beurteilung der Förderung lokaler bzw. seltenen Sorten/Tierrassen durch die Verwaltung. Mögliche Massnahmen: - Eigene Setzlings Produktion mit Pro Specie Rara Sorten	Es sind keine spezifischen Fördermassnahmen des Kantons Basel-Stadt zum Erhalt von seltenen Tierrassen bzw. Sorten bekannt.	0%	Genetische Vielfalt (1)

<i>Verwaltung/Politik:</i> Abfallgebühr	Auf die Entsorgung von Hauskericht wird eine Abfallgebühr erhoben.	Der Kanton Basel-Stadt erhebt eine Abfallgebühr. So wird ein Anreiz für das Recycling von Lebensmittelverpackungen (Glas etc.) sowie fürs Kompostieren gesetzt.	100%	Materialverbrauch (2)
<i>Verwaltung/Politik:</i> Recycling-Stationen	Die Stadt verfügt über ein dichtes, flächendeckendes Netz von Recycling-Stationen.	Der Kanton Basel-Stadt verfügt über ein dichtes, flächendeckendes Netz von Recycling-Stationen. Dies fördert das Recycling von Lebensmittelverpackungen. Auch sind vereinzelt Kompostklappen installiert.	100%	Materialverbrauch (3), Abfallvermeidung & Entsorgung (3)
<i>Verwaltung/Politik:</i> Förderung energetische Verwendung Lebensmittelabfälle	Die Verwaltung fördert die energetische Verwendung von Lebensmittelabfälle, welche auf Stadtgebiet anfallen durch: - Betreiben einer eigenen Biogasanlage - Unterstützung einer privatwirtschaftlichen Biogasanlage	Der Kanton Basel-Stadt fördert indirekt über die Beteiligung der IWB an der Biopower-Anlage Pratteln (Biogas) die energetische Verwertung von Lebensmittelabfällen.	100%	Materialverbrauch (2), Energieverbrauch (3), Abfallvermeidung & Entsorgung (1)
<i>Verwaltung/Politik:</i> Förderung Kreislaufwirtschaft	Die Stadt fördert das kompostieren von Lebensmittelabfällen, welche auf Stadtgebiet anfallen.	Der Kanton Basel-Stadt fördert das Kompostieren auf verschiedene Weise: Über die persönliche Kompostberatung, das Kompost-Telefon sowie über öffentlichen Kurse. So wird Privaten direkt beim Aufsetzen eines Kompostes geholfen. Auch verfügt die Stadt über verschiedene Quartierkompostplätze. Deren Lage ist jedoch für Neuinteressenten nicht auf Anhieb recherchierbar.	100%	Materialverbrauch (2), Abfallvermeidung & Entsorgung (1)
<i>Verwaltung/Politik:</i> Massnahmen Reduktion Food Waste	Nahrungsmittelverluste in der Stadt Basel werden durch Förderung/ Information/ Umsetzung von Massnahmen verringert.	2015 organisierte der Kanton Basel-Stadt zweimal eine Informationsaktion zu Food-Waste, bei welchen jeweils über ein paar Tage hinweg ein öffentlicher Infostand aufgestellt wurde. Auch im Rahmen der Umwelttage wurde auf die Thematik hingewiesen. Ebenfalls im kantonseigenen Blog Aufgeschmeckt.ch. Ausserdem wird mit der finanziellen Unterstützung der Gassenküche und der Institution Soup + Chill die Ausgabe von Lebensmitteln der Schweizer Tafel unterstützt, welche überschüssig, aber noch geniessbar sind.	100%	Treibhausgase (1), Luftqualität (1), Wasserentnahme (1), Wasserqualität (1), Bodenqualität (1), Bodendegradation (1), Diversität von Ökosystemen (1), Artenvielfalt (1), Genetische Vielfalt (1), Materialverbrauch (1), Energieverbrauch (1), Abfallvermeidung & Entsorgung (3)
<i>Öffentliche Verpflegungseinrichtungen:</i> Massnahmen Reduktion Food Waste	Die öffentlichen Verpflegungseinrichtungen sorgen mittels geeigneten Massnahmen für die Reduktion der Lebensmittelabfälle.	Alle untersuchten Verpflegungseinrichtungen kalkulieren die Einkaufsmengen möglichst präzise. Darüber hinaus werden in vereinzelt Fällen die angefallenen Essensreste von den Mitarbeitern mitgenommen oder gespendet. Nur in einem Fall ist ein Konzept zur Vermeidung von Lebensmittelabfällen in Kombination mit dem Monitoring der Abfallmengen vorhanden.	57%	Treibhausgase (1), Luftqualität (1), Wasserentnahme (1), Wasserqualität (1), Bodenqualität (1), Bodendegradation (1), Diversität von Ökosystemen (1), Artenvielfalt (1), Genetische Vielfalt (1), Materialverbrauch (1), Energieverbrauch (1), Abfallvermeidung & Entsorgung (3)

<i>Öffentliche Verpflegungseinrichtungen:</i> Förderung Tierwohl (Gesundheit)	Beurteilung der Förderung des Tierwohls durch Einkaufskriterien der öffentlichen Verpflegungseinrichtungen (Antibiotika-Einsatz, Auslauf, Schlachtweg etc.)	Die Mehrheit der untersuchten Verpflegungseinrichtungen bezieht das verwendete Fleisch zu einem grösseren Teil aus der Schweiz. Eine Verpflegungseinrichtung achtet laut eigenen Angaben nicht spezifisch auf das Tierwohl. Neben vereinzelt Bio-Einkäufen wird nur in einem Fall auf direkt auf Tierwohlkriterien (BTS/RAUS, Tierwohlprogramme des Bundes) geachtet. Konkrete Kriterien an die Fleischlieferanten sind nicht gängig.	50%	Tiergesundheit (2)
<i>Verwaltung/Politik:</i> Förderung Tierwohl (Gesundheit)	Beurteilung der Förderung von Kursveranstaltungen im Bereich landwirtschaftliches Tierwohl/Gesundheit	Im Kursjahr 2015/2016 wurden bzw. werden verschiedene Kurse im Bereich Tiergesundheit am landwirtschaftlichen Zentrum Ebenrain durchgeführt. Kursthemen: Behandlung mit Methoden der Komplementärmedizin, fachgerechte Enthornung und Kastration sowie Tiergesundheit bei Kleinwiederkäuern.	100%	Tiergesundheit (2)
<i>Verwaltung/Politik:</i> Förderung Tierwohl (Artgerechte Haltung)	Beurteilung der Förderung von Kursveranstaltungen im Bereich landwirtschaftliches Tierwohl/Gesundheit	Im Kursjahr 2015/2016 wurden bzw. werden zwei Kurse am landwirtschaftlichen Zentrum Ebenrain durchgeführt, welche im Zusammenhang mit artgerechter Haltung stehen. Kursthemen: Pferdehaltung sowie fachgerechte Enthornung und Kastration.	50%	Artgerechte Haltung (2)
<i>Verwaltung/Politik:</i> Statistik Tierwohl	Eine Statistik der amtlichen Tierwohl-Kontrollen wird veröffentlicht.	Das Tierwohl in der Landwirtschaft werden im Kanton Basel Stadt auf zwei verschiedene Weisen kontrolliert: Durch Kontrollen der noch lebenden Tiere bei der Schlachthofanlieferung und durch Betriebskontrollen in der Landwirtschaft. Die Fallzahlen der Schlachthof-Kontrollen werden im Jahresbericht des Veterinäramts erwähnt. Unterwähnt bleiben die Beanstandungen bei der Betriebskontrollen, welche an den Kanton Basel-Landschaft ausgelagert wurden. Ein Hinweis auf die entsprechende Statistik fehlt im Jahresbericht.	50%	Transparenz (1), Tiergesundheit (1), Artgerechte Haltung (1)
<i>Öffentliche Verpflegungseinrichtungen:</i> Förderung Tierwohl (Artgerechte Haltung)	Beurteilung der Förderung des Tierwohls durch Einkaufskriterien der öffentlichen Verpflegungseinrichtungen (Antibiotika-Einsatz, Auslauf, Schlachtweg etc.)	Die Mehrheit der untersuchten Verpflegungseinrichtungen bezieht das verwendete Fleisch zu einem grösseren Teil aus der Schweiz. Eine Verpflegungseinrichtung achtet laut eigenen Angaben nicht spezifisch auf das Tierwohl. Neben vereinzelt Bio-Einkäufen wird nur in einem Fall auf direkt auf Tierwohlkriterien (BTS/RAUS, Tierwohlprogramme des Bundes) geachtet. Konkrete Kriterien an die Fleischlieferanten sind nicht gängig.	50%	Artgerechte Haltung (2)
<i>Verwaltung/Politik:</i> Umgesetzte Massnahmen im Bereich nachhaltige Ernährung	Massnahmen, welche in den letzten fünf Jahren in der Verwaltung zum Thema nachhaltige Ernährung umgesetzt wurden (z.B. Organisation Bauernmärkte, Anpassung Verträge mit Verpflegungseinrichtungen etc.).	Im Bereich nachhaltige Ernährung wurden in den letzten fünf Jahren verschiedene Massnahmen durchgeführt. Massnahmen auf übergeordneter Ebene beinhalteten: - Unterzeichnung Urban Food Policy-Pact an der Expo 2015 in Milano. Die Absichtserklärung haben über 100 Städte weltweit unterzeichnet. Sie strebt an, die Nachhaltigkeit städtischer Ernährungssysteme zu verbessern. - Lancierung des Blogs ausgeschmeckt.ch, welcher verschiedene Nachhaltigkeitsthemen der Ernährung aufgreift. - Ausschreibung der Verpflegungsleistungen an Tagesstrukturen. Einzelne Nachhaltigkeitskriterien wurden in die Ausschreibung aufgenommen. - Organisation der Ausstellung "La cena è pronta" an der Expo Milano, welche Nachhaltigkeitsaspekte der Ernährung thematisierte. Im Bereich Ökologie wurden Food-Waste Informationsaktionen durchgeführt (siehe weiter oben). Im Bereich der Regionalökonomie wurden für Händler an den Basler Märkten Regio-Stecker angefertigt, um ihre regionalen Produkte zu kennzeichnen. Im Zusammenhang mit gesunder Ernährung wurden verschiedene Programme lanciert wie Informationsveranstaltungen für sozial benachteiligte Familien, Gesundheitsförderung an Schulen bzw. mittels regelmässig erscheinender Publikation für ältere Personen.	75%	Interne Investitionen (2), Gemeinnützige Investitionen (1)

<i>Verwaltung/Politik:</i> Unterstützung nachhaltigkeitsbezogene Forschung Ernährung	Die Verwaltung unterstützt mittels ihren Bildungseinrichtungen die nachhaltigkeitsbezogene Forschung im Bereich Ernährung	Die vom Kanton Basel-Stadt unterstützte Universität Basel bietet einen Master in Sustainable Development an. Die and der Universität angeschlossenen studentischen Projekte beschäftigen sich auch mit nachhaltiger Ernährung (Nuglar-Gärten, 4seasons). Im Verbund mit der Universität Zürich und der ETH Zürich wird im Bereich nachhaltiger Pflanzenbau geforscht. Masterarbeiten können z.B. im Bereich nachhaltiger Konsummuster verfasst werden.	100%	Gemeinnützige Investitionen (2), Kompetenzaufbau (1)
<i>Verwaltung/Politik:</i> Förderung der Stabilität der Lebensmittelproduktion	Die Verwaltung fördert im Bereich der regionalen Lebensmittelproduktion die Resilienz in allen NH-Bereichen.	Die regionale Resilienz bezüglich Produktion von Nahrungsmitteln wird am landwirtschaftlichen Beratungszentrum Ebenrain durch verschiedene Kurse (2015/2016) gefördert. So wurden Kurse für Spezialkulturen, Pflanzenbau, Tierhaltung, Landtechnik und Bauen, Computeranwendung, Ernährung, Buchhaltung sowie Gartenarbeit angeboten. Dabei werden Resilienz-Themen in verschiedenen Bereichen tangiert, wie: Finanzielle Nachhaltigkeit, Stärkung der Frauen in der Landwirtschaft, Verbesserung des fachlichen Knowhows, Gesundheit. Kurse zu Umweltaspekten der Resilienz, wie Klimaanpassung und schonende Bodenbearbeitung, wurden 2015/2016 nicht angeboten.	75%	Produktionsstabilität (3), Regionale Wertschöpfung (2)
<i>Verwaltung/Politik:</i> Trinkwasser in Notlagen	Die Stadt verfügt über ein System/Konzept für die Trinkwasserversorgung in Notlagen. Die Kompetenzen sind klar geregelt.	Die Stadt verfügt über ein Konzept und mobile Infrastruktur zur Trinkwasserversorgung in Notlagen. Die Nothilfe ist mittels dem kantonalen Krisenstab institutionalisiert.	100%	Risikomanagement (3)
<i>Verwaltung/Politik:</i> Essensversorgung in Notlagen	Die Stadt verfügt über ein Konzept für die Essensversorgung in Notlagen. Die Kompetenzen sind klar geregelt.	Die Stadt verfügt über kein eigentliches Konzept zur Nahrungsmittelversorgung in Notlagen. Die Bürger sind angehalten, selber für die ersten Tage nach einem auftretenden Unglück Vorräte anzulegen. Die Nahrungsnothilfe ist mittels dem kantonalen Krisenstab institutionalisiert, welcher auch für die Koordination mit den grösseren Einzelhändlern zuständig ist.	50%	Risikomanagement (3)
<i>Verwaltung/Politik:</i> Lebensmittelkontrolle	Lebensmittel werden auf allen Vertriebswegen (Detailhandel, Grosshandel, Gastronomie, Direktvermarktung) durch eine klar festgelegte Behörde untersucht.	Die Lebensmittelkontrollen werden risikobasiert vorgenommen. Das heisst, dass die Kontrollen basierend auf vorhergegangenen negativen Befunden und aufgrund des generellen Risikos (Anzahl potentiell betroffener Personen, Verderblichkeit der Waren etc.) stattfinden. Es wird jährlich ein Bericht mit den aggregierten Resultaten veröffentlicht. Zusätzlich werden die Berichte einzelner Schwerpunktprogramme bei den Kontrollen (z.B. "Meerfische /Radioaktivität") laufend veröffentlicht.	100%	Lebensmittelsicherheit (3), Lebensmittelqualität (1)
<i>Verwaltung/Politik:</i> Betriebskontrolle	Betriebe im Lebensmittelsektor werden durch eine klar festgelegte städtische Behörde auf lebensmittelsicherheitsrelevante Belange kontrolliert.	Die Betriebe werden risikobasiert untersucht. Die Resultate werden im Jahresbericht und in einzelnen Schwerpunktbereichen veröffentlicht.	100%	Lebensmittelsicherheit (3), Lebensmittelqualität (1)
<i>Verwaltung/Politik:</i> Kontrolle Trinkwasser	Das Trinkwasser wird durch eine klar festgelegte städtische Behörde oft und detailliert untersucht.	Im Jahr 2014 wurden an 100 Kontrollpunkten rund 5000 Trinkwasserproben genommen und damit in etwa 100'000 Einzelanalysen durchgeführt. Neben Standard-Parametern (mikrobielle Verunreinigungen, DOC, Nährstoffe etc.) werden die Proben auch auf Spurenstoffe untersucht. Neben der herkömmlichen manuellen Laboranalytik wird das verwendete Rheinrohwasser auch mittels Online-Analytik kontinuierlich überwacht. Dabei kommt auch Bioindikation zum Einsatz (Überwachung der Qualität mittels Wasserorganismen).	100%	Lebensmittelsicherheit (3), Lebensmittelqualität (1)
<i>Öffentliche Verpflegungseinrichtungen:</i> Gesunde Ernährung im Leitbild	Im Leitbild öffentlicher Verpflegungseinrichtungen wird die gesunde Ernährung als Ziel des Verpflegungsbetriebs genannt.	Sieben der neun untersuchten Verpflegungseinrichtungen schreibt die gesunde Ernährung in den Leitlinien bzw. anderen strategischen Dokumenten fest.	72%	Unternehmensleitlinien (1), Lebensmittelqualität (2), Öffentliche Gesundheit (1)

<i>Öffentliche Verpflegungseinrichtungen:</i> Umsetzung gesunde Ernährung	Die öffentlichen Verpflegungseinrichtungen orientieren sich bei der Menugestaltung nachweislich auf anerkannte Standards/Empfehlungen (D.A.CH-Referenzwerte, Schweizer Qualitätsstandards für eine gesundheitsfördernde Gemeinschaftsgastronomie).	Fünf der neun untersuchten Verpflegungseinrichtungen richten sich teilweise oder vollständig nach anerkannten Menu-Standards bei der Menugestaltung.	39%	Lebensmittelqualität (3), Öffentliche Gesundheit (2)
<i>Verwaltung/Politik:</i> Kontrolle Produktedeklarationen	Produktedeklarationen der in der Stadt erhältlichen Lebensmittel (Inhaltsstoffe, Claims) werden von einer definierten städtischen Stelle regelmässig auf ihren Wahrheitsgehalt überprüft.	Das kantonale Labor untersucht Lebensmittel risikobasiert nach Fehlern in der Produktedeklaration (z.B. im Zusammenhang mit Fettgehalt oder zu deklarierenden Allergenen). Claims bzw. Labels werden gemäss den Jahresberichten 2013 und 2014 des kantonalen Laboratoriums nur indirekt verifiziert. So wurden neben konventionellen auch biologische Erzeugnisse auf Rückstände von Begasungsmitteln untersucht. Ein gezieltes Programm, welches auf die Verifizierung von Labels abzielt, z.B. zur Analyse von Pestizidrückständen in Bioprodukten, wird gemäss den erwähnten Jahresberichten nicht durchgeführt.	50%	Transparenz (1), Produktinformation (3)
<i>Verwaltung/Politik:</i> Kapazitätsaufbau Direktvermarktung	Die Verwaltung fördert durch Kurse die Direktvermarktung in der Region.	Das landwirtschaftliche Zentrum Ebenrain bot im Sommer 2015 und Winter 2015/2016 keine Kurse zur Direktvermarktung an (z.B. Kurs zur Erstellung eines eigenen Webshops).	0%	Regionale Wertschöpfung (2), Kompetenzaufbau (1)
<i>Verwaltung/Politik:</i> Öffentlich angebotenen Direktvermarktungsmöglichkeiten in Basel	Zufriedenheit lokaler Produzenten mit den öffentlich angebotenen Direktvermarktungsmöglichkeiten (z.B. Stadtmärkte) in Basel	Von den drei befragten Direktvermarktern (alles Stadtmarktteilnehmer) gaben zwei an, dass der Absatz via Direktvermarktung für sie eine wichtige Absatzquelle darstellt. Keiner der drei befragten Direktvermarkter äusserte sich unzufrieden über die Möglichkeiten in Basel zur Direktvermarktung.	75%	Regionale Wertschöpfung (1)
<i>Verwaltung/Politik:</i> Förderung Konsum regionaler Produkte	Durch geeignete Massnahmen (wie z.B. Informationskampagnen, Verankerung von Beschaffungskriterien) fördert die Verwaltung den Konsum regionaler Produkte	Wie weiter oben bereits erwähnt, unterstützt der Kanton Basel-Stadt das Beratungsangebot Fourchette verte - Ama terra (ehemals ""schnitz und drunder""). Über die darin festgehaltenen Grundsätze zum saisonalen Einkauf werden indirekt auch regionale Produkte gefördert. Dies gilt auch für die anderen, weiter oben erwähnten Initiativen, welche Saisonalität fördern, wie der Ernährungsblog aufgeschmeckt.ch, die Seniorenzeitschrift Bälance und das Handbuch Tagesstrukturen BS. Zusätzlich wurden für Händler an den Basler Märkten Regio-Stecker angefertigt, um ihre regionalen Produkte kennzeichnen zu können.	50%	Regionale Wertschöpfung (1), Regionale Beschaffung (1)
<i>Öffentliche Verpflegungseinrichtungen:</i> Förderung regionale Produkte	Regionale Produkte werden in öffentlichen Verpflegungseinrichtungen aktiv gefördert.	Alle der neun untersuchten Verpflegungseinrichtungen kaufen nach eigenen Angaben regional ein. In fünf Fällen wurde angegeben, wie der saisonale Einkauf konkret umgesetzt bzw. festgelegt wird.	72%	Regionale Wertschöpfung (2,5), Regionale Beschaffung (2,5)
<i>Öffentliche Verpflegungseinrichtungen:</i> Anteil Teilzeitpensen	Anteil der Teilzeitpensen in öffentlichen Verpflegungseinrichtungen	Bei dem Anteil der Teilzeitstellen gibt es grosse Unterschiede zwischen den untersuchten Verpflegungseinrichtungen: Während zwei Verpflegungseinrichtungen über gar keine Teilzeitstellen anbieten, weisen vier Betriebe aus, dass der Anteil der Teilzeitstellen an allen Anstellungen 50% oder mehr beträgt.	53%	Lebensqualität (2), Förderung benachteiligter Personengruppen (1)

<i>Öffentliche Verpflegungseinrichtungen:</i> Anzahl Arbeitsstunden pro Woche	Anzahl Arbeitsstunden pro Woche (bezogen auf eine Vollzeitstelle) in öffentlichen Verpflegungseinrichtungen.	In sieben der neun untersuchten Verpflegungseinrichtungen beträgt die durchschnittliche Wochenarbeitszeit 42 Stunden oder weniger.	97%	Lebensqualität (3)
<i>Verwaltung/Politik:</i> Kontrolle zulässige Arbeitszeiten	Die Verwaltung führt Kontrollen bei Verarbeitern, Händlern, Gastrobetrieben und Landwirtschaftsbetrieben durch um sicherzustellen, dass die zulässigen Arbeitszeiten eingehalten werden.	Die arbeitsrechtlichen Betriebskontrollen werden für alle Betriebstypen durchgeführt. Die Kontrollen erfolgen risikobasiert, d.h. aufgrund eines Vorkommnisses, einer Beschwerde oder eines Verdachts. Auch werden im Rahmen von Schwerpunktkontrollen zusätzliche Betriebe untersucht. Thematisch stehen Gesundheit am Arbeitsplatz und Unfallverhütung im Mittelpunkt und weniger die Einhaltung der zulässigen Arbeitszeit.	75%	Lebensqualität (2), Beschäftigungsverhältnisse (1)
<i>Verwaltung/Politik:</i> Erreichbarkeit Verkaufsstellen mit Frischwaren	Die Verwaltung schafft Grundlagen für die Beurteilung der Erreichbarkeit von Verkaufsstellen mit Frischwaren ("fresh food mapping") bzw. berücksichtigt diese in der Raumplanung.	Gut erreichbare Einkaufsmöglichkeiten mit Frischwareangebot in städtischen Quartieren fördern die gesunde Ernährung der Bevölkerung. Für den Kanton Basel-Stadt sind keine Studien bekannt, welche die erwähnte Erreichbarkeit untersuchen.	0%	Lebensqualität (3), Förderung benachteiligter Personengruppen (2)
<i>Verwaltung/Politik:</i> Förderung Kompetenzaufbau	Die Verwaltung fördert Weiterbildungen spezifisch im Lebensmittelbereich (z.B. CAS Food Safety, HACCP, QM, Lebensmittelvermarktung etc.)	Die Universität Basel bietet gemeinsam mit der Fachhochschule Westschweiz (HES-SO Valais/Wallis) einen Nachdiplomstudiengang (MAS) zum Thema Lebensmittelsicherheit an. Es ist nicht bekannt, dass niederschwelligere Angebote für Nicht-Akademiker, z.B. Nachhaltigkeitskurse für Köche in Verpflegungseinrichtungen, speziell gefördert werden.	75%	Kompetenzaufbau (3)
<i>Öffentliche Verpflegungseinrichtungen:</i> Anzahl Weiterbildungstage	Anzahl Weiterbildungstage pro Person in städtischen Verpflegungseinrichtungen	In vier der neun untersuchten Verpflegungseinrichtungen stehen den Mitarbeitenden 3 Tage oder mehr Weiterbildungstage zur Verfügung bzw. werden effektiv eingezogen. Dies entspricht den Anforderungen des Gesamtarbeitsvertrags des Schweizer Gastgewerbes (L-GAV). In zwei Fällen wird lediglich ein Arbeitstag pro Jahr als Weiterbildungstag bezogen.	81%	Kompetenzaufbau (3)
<i>Verwaltung/Politik:</i> Regionale Beratungsstelle Landwirtschaft	Vorhandensein einer öffentlichen bzw. von der öffentlichen Hand unterstützten, landwirtschaftlichen Beratungsstelle in der Region.	Der Kanton Basel-Stadt unterstützt das landwirtschaftliche Zentrum Ebenrain finanziell.	100%	Produktionsstabilität (1), Kompetenzaufbau (2), Fairer Zugang zu Produktionsmitteln (3)
<i>Verwaltung/Politik:</i> Nachhaltige Beschaffung: Eigene Verpflichtung	Wird Nachhaltigkeit in Bezug auf Lebensmittelbeschaffung in der massgebenden Beschaffungsstrategie bzw. im massgebenden Beschaffungsgesetz oder den AGBs erwähnt?	Das kantonale Beschaffungsgesetz verlangt den Nachweis zur Einhaltung von Gesamtarbeitsverträgen sowie der Gleichbehandlung zwischen Mann und Frau (§5). Dies entspricht den Grundsätzen, welche in der Interkantonalen Vereinbarung über das öffentliche Beschaffungswesen (IVöB) festgehalten sind. Zusätzlich werden für Aufträge, welche öffentlich ausgeschrieben werden, die Zuschlagskriterien "Umweltverträglichkeit" und "Ausbildung von Lernenden" erwähnt. Spezifische Regelungen bzw. eine Richtlinie für die nachhaltige Beschaffung von Lebensmitteln fehlen (z.B. Fair Trade, Bio). Solche werden auf EU-Ebene zurzeit revidiert und beinhalten im Entwurf (Stand Februar 2016) auch Kriterien zu Fair Trade und biologisch angebauten Produkten.	25%	Sorgfaltspflicht (1), Verantwortungsvoller Einkauf (3)
<i>Verwaltung/Politik:</i> Beschaffung: Geltungsbereich	Gelten die Beschaffungsstrategie bzw. das massgebende Beschaffungsgesetz oder die AGBs auch für Verträge mit Dienstleistern der öffentlichen Verpflegungseinrichtungen.	Das massgebende Beschaffungsgesetz gilt für alle Auftragsvergaben der öffentlichen Hand bzw. der Betriebe und Organisationen, an welcher die öffentliche Hand beteiligt ist. Somit sind auch Verträge im Bereich der öffentlichen Verpflegungseinrichtungen miteingenommen.	100%	Sorgfaltspflicht (1), Verantwortungsvoller Einkauf (3)

<i>Verwaltung/Politik:</i> Nachhaltigkeit Beschaffung: Überprüfung Einhaltung Beschaffungskriterien	Überprüfung der Einhaltung von Nachhaltigkeitskriterien im Beschaffungswesen.	Die Überprüfung der Einhaltung von Nachhaltigkeitskriterien wird mehrheitlich während des Ausschreibungsprozesses durchgeführt. Entweder durch das Einfordern eines Nachweises, dass der Ausschreibungsgegenstand geliefert werden kann (z.B. im Falle von ökologischen Kriterien) oder, relativ selten, durch das Einfordern einer Selbstdeklaration. Kontrollen bzw. Audits von Auftragsnehmern sind in der Praxis nicht gängig. Im Moment läuft ein Pilotversuch zur Überprüfung der Gleichstellung von Mann und Frau bei grösseren Auftragsnehmer.	25%	Sorgfaltspflicht (1), Verantwortungsvoller Einkauf (3)
<i>Öffentliche</i> <i>Verpflegungseinrichtungen:</i> Fair produzierter Anteil Bananen und Kaffee	Fair Trade-Anteil von Bananen und Kaffee in öffentlichen Verpflegungseinrichtungen.	Die neun untersuchten öffentlichen Verpflegungseinrichtungen variieren stark in Bezug auf den Einkauf von Fair Trade-Produkte. Deren drei kaufen weder Fair Trade-Bananen noch Fair Trade-Kaffee ein (bzw. Tee im Falle von Kleinkind-Catering). Weitere drei Betriebe führen zu 100% Fair Trade Kaffee/Tee und Bananen. Sonst überwiegt der Fair Trade-Anteil bei Bananen gegenüber Kaffee/Tee.	47%	Verantwortungsvoller Einkauf (3)
<i>Verwaltung/Politik:</i> Mitgliedschaft Fair Trade-Town	Ist die Stadt Mitglied bei der Fair Trade-Town-Initiative?	Der Kanton Basel-Stadt ist nicht Mitglieder der Fair Trade-Town-Initiative, welche bezweckt, dass sich Stadtverwaltungen vermehrt für Fair Trade-Konsum einsetzen.	0%	Verantwortungsvoller Einkauf (1)
<i>Verwaltung/Politik:</i> Kontrolle geregelte Arbeitsverhältnisse	Die Verwaltung führt Kontrollen im bei Verarbeitern, Händlern, Gastrobetrieben und Landwirtschaftsbetrieben durch um sicherzustellen, dass geregelte Arbeitsbedingungen bestehen (schriftliche Verträge etc.) und diese den nationalen Gesetzen entsprechen.	Die arbeitsrechtlichen Betriebskontrollen werden für alle Betriebstypen durchgeführt. Die Kontrollen erfolgen risikobasiert, d.h. aufgrund eines Vorkommnisses, einer Beschwerde oder eines Verdachts. Auch werden im Rahmen von Schwerpunktkontrollen zusätzliche Betriebe untersucht. Thematisch stehen Gesundheit am Arbeitsplatz und Unfallverhütung im Mittelpunkt und weniger die geregelten Arbeitsverhältnisse.	75%	Rechtmäßigkeit (1), Beschäftigungsverhältnisse (3)
<i>Verwaltung/Politik:</i> Bestimmungen für Verträge in der Landwirtschaft	Die Politik erlässt Bestimmungen zu landwirtschaftlichen Arbeitsverträgen	Der Kanton Basel-Stadt definiert mittels einem Normalarbeitsvertrag die Grundlagen für landwirtschaftliche Arbeitsverhältnisse. Der Normalarbeitsvertrag enthält Bestimmungen zu Arbeitszeiten, Lohn und Versicherungen.	100%	Lebensqualität (1), Beschäftigungsverhältnisse (3)
<i>Verwaltung/Politik:</i> Beschaffungskriterien: Verankerung Verbot von Zwangsarbeit	Verankerung des Verbots von Zwangsarbeit in der massgebenden Beschaffungsstrategie bzw. im massgebenden Beschaffungsgesetz oder in den AGBs.	Im kantonalen Beschaffungsgesetz ist der Ausschluss von Zwangsarbeit (ILO-Kernarbeitsnorm) nicht erwähnt.	0%	Zwangsarbeit (3)
<i>Verwaltung/Politik:</i> Beschaffungskriterien: Verankerung Verbot von Kinderarbeit	Verankerung des Verbots von Kinderarbeit in der massgebenden Beschaffungsstrategie bzw. im massgebenden Beschaffungsgesetz oder in den AGBs.	Im kantonalen Beschaffungsgesetz ist der Ausschluss von Kinderarbeit (ILO-Kernarbeitsnorm) nicht erwähnt.	0%	Kinderarbeit (3)
<i>Verwaltung/Politik:</i> Beschaffungskriterien: Verankerung der Versammlungs- und Verhandlungsfreiheit	Verankerung der Versammlungs- und Verhandlungsfreiheit in der massgebenden Beschaffungsstrategie bzw. im massgebenden Beschaffungsgesetz oder in den AGBs.	Im kantonalen Beschaffungsgesetz ist die Versammlungs- und Verhandlungsfreiheit (ILO-Kernarbeitsnorm) nicht erwähnt.	0%	Versammlungs- und Verhandlungsfreiheit (3)

<i>Verwaltung/Politik:</i> Beschaffungskriterien: Verankerung der Nicht-Diskriminierung	Verankerung der Nicht-Diskriminierung in der massgebenden Beschaffungsstrategie bzw. im massgebenden Beschaffungsgesetz oder in den AGBs.	Im kantonalen Beschaffungsgesetz ist der Grundsatz der Nicht-Diskriminierung (ILO-Kernarbeitsnorm), abgesehen von der Gleichbehandlung zwischen Mann und Frau, nicht erwähnt.	25%	Nicht-Diskriminierung (3)
<i>Öffentliche Verpflegungseinrichtungen:</i> Anteil Leiterinnen	Anteil Leiterinnen in öffentlichen Verpflegungseinrichtungen	In vier der neun untersuchten Verpflegungseinrichtungen übersteigt der Anteil Frauen in Kaderpositionen 50%. Bei der Bewerbung auf solche Positionen wird der Anteil weiblicher Bewerber von zwei befragten Betrieben auf 40% geschätzt, bei kürzlich ausgeschriebenen Stelle betrug der Anteil lediglich rund 7%.	61%	Gleichstellung der Geschlechter (3)
<i>Öffentliche Verpflegungseinrichtungen:</i> Lohngerechtigkeit	In welchem Mass herrscht in den öffentlichen Verpflegungseinrichtungen Lohngleichheit?	In vier der neun untersuchten Verpflegungseinrichtungen wurde die Lohngleichheit untersucht. In vier Betrieben gelten Lohnbänder bzw. Lohnklassen für die Festlegung der Gehälter. In drei Fällen wurden weder Untersuchungen durchgeführt noch konkrete Massnahmen ergriffen. Keiner der Betriebe verfügt über vollständige, interne Lohntransparenz.	44%	Nicht-Diskriminierung (1), Gleichstellung der Geschlechter (3)
<i>Verwaltung/Politik:</i> Verfügbarkeit verbilligtes Essen	Angebot von verbilligtem Essen für bedürftige Menschen in der Stadt Basel.	Im Kanton Basel-Stadt verteilen verschiedene Institutionen Essen an bedürftige Menschen. Gemäss den vorliegenden Unterlagen werden mindestens zwei Institutionen vom Kanton Basel-Stadt finanziell unterstützt. Auf die Frage, ob das Angebot in Basel für die Versorgung für mittellose Menschen ausreicht, wird von den involvierten Akteuren widersprüchlich beantwortet: Während ein Akteur von einem sehr grossen Angebot ausgeht, gibt ein anderer Akteur an, dass die Essensausgabe an Bedürftige an der Kapazitätsgrenze stösst.	50%	Förderung benachteiligter Personengruppen (3)
<i>Verwaltung/Politik:</i> Förderung Arbeitssicherheit Lebensmittelsektor	Die Verwaltung fördert die Arbeitssicherheit bei Verarbeitern, Händlern, Gastrobetrieben und Landwirtschaftsbetrieben mit speziell angepassten Kursen bzw. Infomaterialien.	Auf Anfrage führt das kantonale Arbeitsinspektorat individuell zugeschnittene Kurse zur Arbeitssicherheit und Gesundheitsschutz durch. Bei der Beratung wird auch auf Branchenlösungen eingegangen.	100%	Arbeitssicherheit und Gesundheitsversorgung (2)
<i>Öffentliche Verpflegungseinrichtungen:</i> Arbeitssicherheitszertifikat	Vorhandensein eines Arbeitssicherheitszertifikats bei öffentlichen Verpflegungseinrichtungen	Von den neun befragten öffentlichen Verpflegungseinrichtungen verfügt lediglich eine über ein Arbeitssicherheitszertifikat (OHSAS 18001). Jedoch unternehmen alle Betriebe Anstrengungen im Bereich Arbeitssicherheit: Durch Weiterbildung der Mitarbeiter, interne Kontrolle und Dokumentation sowie durch das Bestimmen einer Kontaktperson Arbeitssicherheit (KOPAS). Mindestens eine Verpflegungseinrichtung ist der Branchenlösung von Gastrossuisse und Hotelleriesuisse angeschlossen.	61%	Arbeitssicherheit und Gesundheitsversorgung (3)
<i>Verwaltung/Politik:</i> Förderung gesunde Ernährung Bevölkerung	Die Verwaltung fördert die gesunde Ernährung mit geeigneten Massnahmen (Empfehlungen für Schulen, öffentliche Informationskampagnen etc.)	Der Kanton Basel-Stadt fördert die gesunde Ernährung mit mehreren Massnahmen: - Informationsveranstaltungen für sozial benachteiligte Familien - Mehrere Programme zur Gesundheitsförderung an Schulen - Regelmässig erscheinender Publikation für ältere Personen. - Blog aufgeschmeckt.ch über Ernährung Die Massnahmen sprechen verschiedene Zielpersonen an und haben somit eine grosse Reichweite.	100%	Förderung benachteiligter Personengruppen (1), Öffentliche Gesundheit (3)
<i>Verwaltung/Politik:</i> Stellungnahme internationale Abkommen zum Schutz von traditionellem Wissen	Die Verwaltung unterstützt in ihren Vernehmlassungsantworten an den Bund internationale Abkommen (Nagoya-Protokoll) zum Schutz von traditionellem Wissen.	Der Kanton Basel-Stadt hat sich in der Vernehmlassung zum Nagoya-Protokoll nicht geäussert.	0%	Indigenes Wissen (1)

Verwaltung/Politik: Förderung von - Familiengärten	Die Verwaltung fördert den Eigenanbau von Gemüse in Familiengärten auf Stadtgebiet.	Der Kanton Basel-Stadt stellt Areale für Familiengärten zur Verfügung. Schulungen im Bereich Gemüseanbau werden nicht durchgeführt.	50%	Lebensqualität (1), Kompetenzaufbau (1), Ernährungssouveränität (3)
Verwaltung/Politik: Gemeinschaftsgärten	Die Verwaltung fördert Gemeinschaftsgärten.	Der Kanton Basel-Stadt stellt im Einzelfall Flächen zur pachtfreien Zwischennutzung für Gemeinschaftsgärten bereit. Langfristig nutzbare Flächen werden verpachtet und sind auch im Zonenplan als Grünanlagenflächen ausgewiesen. Des Weiteren unterstützt der Kanton vereinzelt die Gemeinschaftsgärten (für ein neues Gartenhaus oder via Projektbeiträgen durch die Universität). Die zivilgesellschaftlichen Initiativen werden jedoch nicht grundsätzlich finanziell unterstützt. Auch fehlt eine entsprechende Ansprechperson in der Verwaltung, welche koordinative Funktionen wahrnehmen oder fachliche Beratung leisten könnte.	50%	Lebensqualität (1), Kompetenzaufbau (1), Ernährungssouveränität (3), Zivilgesellschaftliche Initiativen (nicht SAFA) (3)